

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 50/92

Berlin

10. Dezember 1992

59. Jahrgang

Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands Vor der Entscheidung für Marktwirtschaft?*

ZUSATZBERICHT

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 22. Mai 1992 dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, dem Institut für Weltwirtschaft, Kiel und dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle einen Forschungsauftrag mit dem Titel „Die wirtschaftliche Situation Rußlands und Weißrußlands — wirtschaftliches Potential und mögliche Entwicklungslinien“ erteilt. Es handelt sich dabei um das erste Teilprojekt einer für mehrere Jahre konzipierten Analyse der Reformprozesse in Rußland und Weißrußland, die mit einer Beratung der Regierungen und Parlamente dieser Länder verbunden werden soll. Die beteiligten Institute legen hiermit einen Zusatzbericht über Weißrußland vor. Eine erste, kurze Stellungnahme wurde bereits in Verbindung mit dem ersten Bericht zu Rußland abgegeben.

Bei diesem Bericht handelt es sich schwerpunktmäßig um den Versuch einer Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Lage Weißrußlands. Der nach wie vor ausstehende institutionelle Umbruch und das Fehlen eines zuverlässigen Berichtssystems erschweren eine genaue Analyse. Die Institute waren deshalb darauf angewiesen, die erheblichen Informationslücken durch Befragungen von staatlichen Stellen und einheimischen Wissenschaftlern vor Ort zu schließen. Dennoch sind in Teilbereichen erhebliche Unsicherheiten über den tatsächlichen Ablauf des Transformationsprozesses verblieben.

Nach den Vorstellungen des Auftraggebers sollte der Bericht im Umfang knapp gehalten werden. Er konzentriert sich deshalb auf die wichtigsten Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung und der Reformpolitik in Weißrußland.

* Dieser Bericht wird auch als Kieler Diskussionsbeitrag Nr. 196 sowie als IWH Forschungsreihe 5/92 veröffentlicht.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Produktion, Beschäftigung, Investitionen, Preise und Löhne

Produktion

Seit 1990 sinkt das produzierte Nationaleinkommen Weißrußlands (vgl. Tabelle)¹. Die Talfahrt hat sich nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem damit einhergehenden Zusammenbruch der interrepublikanischen Handelsbeziehungen stark beschleunigt (Januar bis August 1992: -15 vH)². Eine Trendwende ist noch nicht in Sicht.

Die Industrieproduktion trug 1991 zum produzierten Nationaleinkommen mehr als 50 vH bei³. Besonderes Gewicht kommt dem Maschinenbau (26 vH der Industrieproduktion), der Nahrungsmittelindustrie (25 vH), der Leichtindustrie (20 vH) und der chemischen und petrochemischen Industrie (7 vH) zu⁴. Im Unterschied zu Rußland und anderen ehemaligen Unionsrepubliken sind rohstoffnahe Branchen (Stahlindustrie, NE-Metallurgie) nur in geringem Maße vorhanden.

Die weißrussische Industrie war hochgradig in den Wirtschaftsraum der UdSSR integriert und hatte in einigen Zweigen beachtliche Anteile an der Gesamtproduktion der ehemaligen UdSSR (z.B. Chemiefasern: 31 vH; Farbfernseher: 18 vH)⁵. Der Zusammenbruch der langjährigen Lieferbeziehungen hat die weißrussische Industrie hart getroffen.

Der Rückgang der weißrussischen Industrieproduktion (1991: -1,5 vH) hat sich in den ersten acht Monaten 1992 dramatisch beschleunigt (-14 vH). Besonders deutlich sind die Einbrüche in der Brennstoffindustrie (-39 vH), in der Nahrungsmittelindustrie (-24 vH) und in der chemischen und petrochemischen Industrie (-17 vH). Unterdurchschnittlich dagegen war der Rückgang in der Leichtindustrie (-2 vH)⁶.

Die Industriestruktur ist durch einen hohen Konzentrationsgrad gekennzeichnet: Viele Großbetriebe verfügen binnenwirtschaftlich über Angebotsmonopole oder ihnen

nahekommende marktbeherrschende Positionen. Nur 5 vH der Betriebe stellen 53 vH der gesamten Industrieproduktion her. Der Anteil kleinerer und mittlerer Betriebe (bis 500 Beschäftigte) an der Industrieproduktion ist gering (12 vH)⁷. Der Anteil der Staatsbetriebe an der gesamten Industrieproduktion nimmt nur langsam ab (April 1992: 85 vH)⁸.

Angesichts des hohen Konzentrationsgrades ist die Schaffung von mehr Wettbewerb dringend geboten. Wichtige Impulse können kurzfristig von einer Öffnung für internationale Konkurrenz ausgehen. Sie würde einen Druck auf Kosten und Preise ausüben, zur Besserung der Qualität einheimischer Produkte beitragen sowie Anreize für die Entflechtung der Industriegiganten und die Umstrukturierung der Produktion geben. Der Anpassungsdruck von außen muß durch Subventionsabbau, Akzeptanz einer harten Budgetrestriktion und auch Mittelstandsförderung verstärkt werden.

¹ Mit produziertem Nationaleinkommen ist das Nettomaterialprodukt gemeint. Es entspricht im wesentlichen dem Volkseinkommen abzüglich des Wertes der öffentlichen Dienstleistungen. Angaben über das Volkseinkommen oder Nettomaterialprodukt in Weltmarktpreisen sind nicht verfügbar.

² Vgl. Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'-avgust 1992 goda. Minsk 1992, S. 3.

³ Nach IMF-Angaben arbeiten im Industriesektor 31 vH der Gesamtbeschäftigten. Vgl. IMF: Belarus-Economic Review. Washington D.C. 1992, S. 3.

⁴ Inwieweit die Rüstungsindustrie statistisch erfaßt ist, ist nicht bekannt. In der Rüstungsindustrie waren 1985 17,6 vH der im industriellen Sektor Arbeitenden beschäftigt (Radio Free Europe. Radio Liberty Research Report, Nr. 33/1992). Auch heute ist die Rüstungsindustrie nach Angaben unserer Gesprächspartner in Minsk bedeutend.

⁵ Vgl. Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990 g.. Moskau 1991, S. 360.

⁶ Vgl. Osnovnye pokazateli ..., a.a.O., S. 6.

⁷ Materialien überreicht von Gosekonomplan; keine Jahresangabe.

⁸ Vgl. Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g.. Minsk 1992, S. 335.

Wirtschaftsindikatoren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	1988	1989	1990	1991	1992 ¹⁾
Produziertes Nationaleinkommen	2,4	7,9	-3,2	-3,0	-15
Industrieproduktion	6,3	4,6	2,1	-1,5	-14,2
Landwirtschaftliche Produktion	-7,3	8,9	-8,7	-4,9	.
Investitionen	2,0	10,0	9,0	-8,0	-19
Inbetriebnahme von Anlagevermögen	-3,0	3,0	8,0	-18,0	.
Einkommen, nominal	9,9	11,7	17,7	92,0	670 ²⁾
Einzelhandelspreise	.	1,7	4,5	80,3	960 ²⁾
Einzelhandelsumsatz	6,4	9,0	14,7	-0,5	-28

¹⁾ Januar bis August 1992. — ²⁾ Stand August 1992.

Quellen: Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g., Minsk 1992, S. 7, 9, 166; Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'-avgust 1992 goda, Minsk 1992, S. 1-3, 71; IMF.

Der Agrarsektor trug 1991 bei einem Anteil von 19 vH an den Gesamtbeschäftigten mit 23 vH zum produzierten Nationaleinkommen bei⁹. Die Agrarstruktur ist durch ein großes Gewicht der Viehwirtschaft (1991: 60 vH der Agrarproduktion) gekennzeichnet. 1990 machten der Kartoffelanbau 14 vH und der Getreideanbau 8 vH aus¹⁰. Im Rahmen des interrepublikanischen Handels wurden vor allem tierische Produkte ausgeführt, während Getreide und Futtermittel — vornehmlich aus der Ukraine und Kasachstan — eingeführt werden mußten. Seit 1990 ist ein z.T. auf den Ausfall ukrainischer Futterlieferungen zurückzuführender Produktionsrückgang zu beobachten, der sich in den ersten acht Monaten des Jahres 1992 offensichtlich beschleunigt und in der dramatisch sinkenden Nahrungsmittelproduktion (—18 vH) widerspiegelt hat¹¹.

Der neuralgische Punkt der Agrarpolitik ist, daß die Reform der Landwirtschaft hinter den angekündigten Programmen zurückbleibt. Zwar wurde eine Reihe von Gesetzen, die die Grundlage für den Übergang zu einer marktwirtschaftlich orientierten Landwirtschaft bilden könnten, beschlossen, doch wurde mit der Privatisierung noch nicht begonnen, und Infrastrukturprojekte wurden nicht verwirklicht.

Beschäftigung

1991 lag der Beschäftigungsrückgang (—3 vH) in der Größenordnung des Produktionsrückgangs. Wegen der sich 1992 verschärfenden Produktionseinbrüche ist mit einer weiteren Beschäftigungsabnahme und zunehmender Arbeitslosigkeit zu rechnen¹². Die Mehrzahl der Beschäftigten arbeitet im Staatssektor (1991: 79 vH); die Kooperativen, einschließlich Kolchosen, hatten 1991 einen Beschäftigungsanteil von 17 vH. Durch die erst im Entstehen begriffenen Arbeitsämter und das komplizierte Anerkennungsverfahren ist die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenzahl gering; Anfang April 1992 waren lediglich 4 215 anerkannte Arbeitslose registriert, von denen 2 644 Arbeitslosenunterstützung erhielten¹³. Die Zahl der offenen und versteckt Arbeitslosen dürfte jedoch wesentlich höher sein. In einzelnen Industriezweigen mit großen Produktionseinbrüchen wird außerdem Kurzarbeit geleistet¹⁴. Dringend ist der Aufbau eines funktionsfähigen sozialen Netzes. Eine wichtige Aufgabe der entstehenden Verwaltung muß in der Durchführung von Anpassungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie in der Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte liegen.

Investitionen

Die immer noch dominanten staatlichen Investitionen sanken 1991 um 8 vH (vgl. Tabelle). Dieser Trend hat sich in den ersten acht Monaten des Jahres 1992 deutlich verschärft (—19 vH). Die Planvorgaben für Januar bis August 1992 wurden jedoch nur zu 63 vH erfüllt¹⁵. Symptomatisch

sind die geringen Ersatzinvestitionen und die Überalterung des Kapitalstocks. Die kalkulatorische durchschnittliche Nutzungsdauer des Anlagevermögens liegt bei über 60 Jahren und damit über dem Durchschnitt der UdSSR¹⁶. Der so entstandene technologische Rückstand ist eine wesentliche Ursache für die geringe Produktivität.

Infolge der langen Bauzeiten für Produktionsanlagen verzögert sich gegenwärtig die Inbetriebnahme neuer Anlagen weiter. Der Wert der in Betrieb genommenen Anlagen in Relation zum gesamten Investitionsvolumen sank von 99 vH 1985 zunächst auf 85 vH 1990 und auf 76 vH 1991. Die unvollendeten Investitionen waren Ende 1991 um 150 vH höher als Ende 1990 und um 310 vH höher als Ende 1985.

Der sich nur langsam aus der Wirtschaft zurückziehende Staat nennt als Schwerpunkte seiner zukünftigen Investitionstätigkeit die Hochtechnologie, den Transportsektor, die Konsumgüterindustrie und die Bauwirtschaft. Daneben sind gezielte Investitionen in der Landwirtschaft zur Getreide-, Zucker- und Pflanzenölproduktion und zur Verringerung der Lagerverluste geplant¹⁷.

Preise und Löhne

Zum Jahreswechsel 1992 wurden in Reaktion auf die russische Preisfreigabe die Preise für etwa 80 vH aller Güter in drei Stufen freigegeben und ein neues Steuersystem implementiert. In der Folge stiegen sowohl die Großhandelspreise für Industrieprodukte als auch die Verbraucherpreise rasant an. Die Großhandelspreise für Industrieprodukte lagen im August 1992 um 2 200 vH über den Preisen im entsprechenden Vorjahresmonat. Die höchsten Steigerungsraten sind bei den Preisen für Elektroenergie (4 300 vH), in der Brennstoffindustrie (4 100 vH) und in der Schwarzmetallurgie (4 000 vH) festzustellen. Unterdurchschnittlich zogen die Preise in der Leichtindustrie und Lebensmittelindustrie (1 000 vH) an¹⁸. Im August 1992 lagen die Verbraucherpreise um 1 000 vH über denen im

⁹ IMF: Belarus ..., a.a.O., S. 3. Durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl wurde die weißrussische Landwirtschaft hart getroffen, etwa 20 vH der landwirtschaftlichen Anbaufläche sind nur bedingt nutzbar.

¹⁰ Vgl. IMF: Belarus ..., a.a.O., S. 34.

¹¹ Vgl. Osnovnye pokazateli ..., a.a.O., S. 1.

¹² Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 8. Mai 1992. Z.B. ging die Schließung des Motorenwerks BelAZ wegen des Zusammenbruchs langjähriger Lieferbeziehungen mit der Entlassung von 10 000 Arbeitern einher (Moscow News, Nr. 9/1992).

¹³ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 8. Mai 1992.

¹⁴ Vgl. IMF: Belarus ..., a.a.O., S. 5.

¹⁵ Vgl. Osnovnye pokazateli ..., a.a.O., S. 27.

¹⁶ Vgl. Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' ..., a.a.O., S. 319 und 350.

¹⁷ Vgl. VWD-Osteuropa vom 16. Juli 1992.

¹⁸ Vgl. Osnovnye pokazateli ..., a.a.O., S. 73.

entsprechenden Vorjahresmonat. Durch die nur teilweise Preisfreigabe kommt es weiterhin zu einer deutlichen Verzerrung der relativen Preise. So stiegen einige Inputpreise in der Landwirtschaft und in der Industrie stärker als die Verbraucherpreise. Wesentliches Element der Wirtschaftsreform muß deshalb die Freigabe aller Preise sein. Damit wird sowohl die derzeitige starke Wettbewerbsverzerrung wie auch eine Anpassung der Preise an die Weltmarktpreise ermöglicht.

Der durchschnittliche Arbeitslohn lag im August 1992 um 800 vH über dem Durchschnittslohn im entsprechenden Vorjahresmonat. Seine Steigerung blieb damit hinter der Inflationsentwicklung zurück¹⁹.

Wirtschaftsbeziehungen mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion

Der Warenaustausch mit den ehemaligen Sowjetrepubliken (Durchschnitt der Summe von Ein- und Ausfuhr) betrug 1988 etwa 44 vH des Bruttoinlandsprodukts. Der entsprechende Wert für den Handel mit Drittländern lag bei 7,3 vH²⁰. Damit war die Außenhandelsintensität insgesamt ähnlich hoch wie in marktwirtschaftlich ausgerichteten Ländern mit vergleichbarer Bevölkerungszahl wie Belgien und den Niederlanden²¹.

Die Warenstruktur des zwischenrepublikanischen Handels ist auf der Einfuhrseite durch Bezüge von Energieträgern sowie Produktions- und Investitionsgütern gekennzeichnet. Die Ausfuhren umfassen vor allem Erzeugnisse der chemischen und petrochemischen Industrie, des Maschinen- und Fahrzeugbaus, dauerhafte Konsumgüter (Kühlschränke, Uhren) sowie Textilien und Schuhe²². Bei zahlreichen Warengruppen im Bereich der Kapitalgüter ist ein intensiver intraindustrieller Handel zu beobachten, der sich in hohen Werten sowohl für den Ausfuhranteil an der Produktion als auch für den Einfuhranteil am inländischen Verbrauch niederschlägt²³. Die wichtigsten Handelspartner Weißrußlands unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind Rußland und die Ukraine²⁴.

Nach dem Ende der zentralen Wirtschaftsplanung in der Sowjetunion in der zweiten Jahreshälfte 1991 ist der zwischenrepublikanische Warenaustausch stark zurückgegangen²⁵. Zu dieser Entwicklung haben insbesondere der Zusammenbruch des innersowjetischen Zahlungsverkehrs und Ausfuhrbeschränkungen durch regionale Gebietskörperschaften in Rußland beigetragen²⁶. Weißrußland hat mit den meisten Nachfolgestaaten bilaterale Handelsverträge mit einjähriger Laufzeit abgeschlossen, die jeweils wertmäßig ausgeglichene Lieferungen vorsehen²⁷. Diese sollen durch Staatsaufträge an die Betriebe gewährleistet werden²⁸. Eine Gegenüberstellung der weißrussischen Ausfuhren von Januar bis August 1992 mit den bilateralen Quoten für die wichtigsten Erzeugnisse zeigt jedoch, daß die tatsächlichen Handelsströme teilweise erheblich hinter den Quoten zurückbleiben²⁹. Dies dürfte in noch größerem Umfang für die weißrussischen Einfuhren aus den übrigen Nachfolgestaaten gelten, da für

das Jahr 1992 insgesamt mit einem weißrussischen Handelsbilanzüberschuß anstelle eines wertmäßigen Ausgleichs gerechnet wird.

Unabhängig von den bilateralen Handelsverträgen wird knapp ein Viertel des weißrussischen zwischenrepublikanischen Handels im direkten Tausch Ware gegen Ware abgewickelt. Derartige Transaktionen unterliegen einer Lizenzpflicht, um die Ausfuhr von Waren zu begrenzen, die die Regierung als unerlässlich für die Versorgung der Bevölkerung ansieht oder die gegen knappe Inputs getauscht werden können³⁰.

In der Vergangenheit hat Weißrußland im zwischenrepublikanischen Warenaustausch regelmäßig Handelsbilanzüberschüsse erzielt, wenn die (verzerrten) internen Verrechnungspreise zugrundegelegt werden³¹. Ausschlaggebend dafür war, daß die umfangreichen Bezüge von Energieträgern vor allem aus Rußland stark unterbewertet waren. Selbst wenn aufgrund guter politischer Beziehungen zu Rußland diese Lieferungen weiterhin zu

¹⁹ Vgl. Kapitel: Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte.

²⁰ Vgl. IMF: Common Issues and Interrepublic Relations in the Former U. S. S. R., Economic Review. Washington D. C. 1992, Tabelle 1.

²¹ Ebenda.

²² Genauere Aussagen sind nicht möglich, da lediglich Mengenangaben für einzelne Produkte sowie Wertangaben in den stark verzerrten internen Verrechnungspreisen vorliegen (vgl. Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus'..., a.a.O., S. 25 ff.).

²³ Beide Anteilswerte lagen 1990 z.B. bei Transformatoren, Werkzeugmaschinen, Schmiedepressen, LKW, Bussen und Traktoren jeweils deutlich über 70 vH (vgl. Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus'..., a.a.O., S. 32).

²⁴ Vgl. Osnovnye pokazateli ..., a.a.O., S. 38 ff.; Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus'..., a.a.O., S. 30 f.

²⁵ Nach einer Prognose des IMF wird sich der Rückgang des weißrussischen Handels mit den Nachfolgestaaten im Jahr 1992 auf 30 vH belaufen (vgl. IMF: Belarus ..., a.a.O., S. 13).

²⁶ Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands. Systemtransformation am Scheideweg. Erster Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42/1992, S. 522 und 528. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeitrag Nr. 193/194 sowie als IWH Forschungsreihe 3/92 veröffentlicht.

²⁷ Es bestehen keine Regelungen für den Fall, daß etwa wegen ausbleibender Lieferungen Handelsbilanzsalden auftreten (Eirik Svindland: Gestörte Handelsbeziehungen zwischen GUS-Staaten: Was können sie handelspolitisch dagegen tun? DIW, Berlin 1992 [als Manuskript vervielfältigt]). Für Weißrußland bedeutet dies, daß der absehbare Überschuß im Handel mit den Nachfolgestaaten 1992 nicht für Einfuhren genutzt werden kann.

²⁸ Vgl. IMF: Belarus ..., a.a.O., S. 13 und 40 ff.

²⁹ Vgl. Osnovnye pokazateli ..., a.a.O., S. 36 ff.

³⁰ Vgl. Osnovnye pokazateli ..., a.a.O., S. 36 ff.; vgl. IMF: Belarus ..., a.a.O., S. 13.

³¹ Vgl. Vestnik Statistiki, „Ekonomičeskie Vzaimosvjazi Respublik v Narodnochozjajstvennom Komplekse“, Nr. 3/1990, S. 36-53; Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' ..., a.a.O., S. 26.

russischen Inlandspreisen bezogen werden können (mehrfache gegenteilige Ankündigungen von russischer Seite wurden bisher nicht in die Tat umgesetzt), muß die dringend notwendige Heranführung der Energiepreise an das Weltmarktniveau in Rußland selbst zu einer Verschlechterung der weißrussischen Terms-of-Trade führen.

Eine Neubewertung der Handelsströme im Jahre 1989 zu Weltmarktpreisen vermittelt einen Eindruck von der Größenordnung der zu erwartenden Terms-of-Trade-Veränderung: Für den zwischenrepublikanischen Handel errechnet sich statt eines Überschusses von 12,3 vH des zu internen Preisen bewerteten Nettomaterialproduktes ein Defizit in Höhe von etwa 3 vH³². Da Weißrußland nur sehr begrenzt Zugang zu Krediten besitzt, die zur Zahlungsbilanzfinanzierung verwendet werden können, dürften mittelfristig erhebliche Wachstumseinbußen unausweichlich sein, wenn es nicht gelingt, die Exporte erheblich zu steigern.

Drittländerhandel und Zahlungsbilanz

Wegen des Zusammenbruchs der traditionellen Absatzmärkte in den Mitgliedsländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist auch der weißrussische Außenhandel mit Drittländern in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Die Exporte, die 1991 noch insgesamt 1,7 Mrd. US-\$ betragen, beliefen sich von Januar bis August 1992 lediglich auf knapp 0,6 Mrd. US-\$. Die Importe in diesem Zeitraum lagen bei 0,4 Mrd. US-\$ (1991 insgesamt: 2,0 Mrd. US-\$)³³. Besonders stark ausgeprägt war der Einbruch sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen von Kapitalgütern, optischen, photographischen, wissenschaftlichen und medizinischen Apparaten und Uhrmacherwaren, Textilien, organischen Chemikalien und Lebensmitteln. Zugenommen haben dagegen die Exporte von Mineralölprodukten und mineralischen Düngemitteln³⁴.

Die wichtigsten Handelspartner Weißrußlands waren von Januar bis August 1992 Polen mit 16,5 vH der Exporte und 20,9 vH der Importe, die Schweiz (8,3 bzw. 15,2 vH), Österreich (9,0 bzw. 5,5 vH) und Deutschland (7,0 bzw. 10,1 vH). Der größte Teil des Handels, auch mit westlichen Industrieländern, wurde im Barter-Verfahren abgewickelt: Dies betraf 59,5 vH der Exporte und 67,8 vH der Importe³⁵. Der weißrussische Handel mit Deutschland wird vor allem mit den alten Bundesländern abgewickelt. Die neuen Bundesländer trugen knapp ein Viertel zu den deutschen Exporten nach Weißrußland bei³⁶.

Ähnlich wie der Warenaustausch mit den Nachbarstaaten der Sowjetunion unterliegt auch der Handel mit Drittländern einer umfassenden staatlichen Regulierung. Neben einer Lizenzpflicht für die meisten Importe und Exporte sowie Importabgaben müssen zwischen 30 und 70 vH der Devisenerlöse aus Exporten (je nach Verarbeitungsgrad) zu einem extrem überbewerteten Rubelkurs an die Regierung verkauft werden (vgl. Kapitel: Geld- und

Währungspolitik). Die Einnahmen aus dieser impliziten Exportsteuer verwendet die Regierung für den Import von Nahrungsmitteln und Medikamenten sowie von industriellen Inputs, die für die Erfüllung von Staatsaufträgen benötigt werden³⁷.

Die Ablieferungspflicht gilt offenbar nicht für Barter-Geschäfte, was den großen Anteil dieser Transaktionen am Export in die westlichen Industrieländer erklären dürfte³⁸. Außerdem deutet eine Diskrepanz zwischen den tatsächlich abgelieferten Devisenerlösen und den statistisch erfaßten Exporten auf eine zunehmende Kapitalflucht hin. Es ist daher beabsichtigt, die bisherige Regelung 1993 durch eine einheitliche Exportsteuer in Höhe von 10 vH zu ersetzen, die Ablieferungspflicht auf 20 vH zu reduzieren und die abzuliefernden Devisen zum Marktkurs einzutauschen³⁹. Barter-Geschäfte sollen außerdem eingeschränkt werden.

Eine Schätzung der weißrussischen Zahlungsbilanz mit Drittländern für das Jahr 1992 durch Gosekonomplan ergibt eine Finanzierungslücke von 156 Mill. US-\$. Diese Schätzung geht allerdings von einem geringen Handelsbilanzdefizit aus, während in den ersten acht Monaten dieses Jahres durch Importreduktion bereits ein Überschuß in Höhe von 169 Mill. US-\$ erzielt wurde. Größere Finanzierungsprobleme bestehen daher kurzfristig offenbar nicht.

³² Vgl. A.G. Granberg: *Mežrespublikanski ekonomičeski svjazi*. Vestnik Rossijskoj Akademii Nauk, Nr. 2/1992, S. 3-14; Aggregate Economic Developments in the Fifteen Former Soviet Republics, 1980-91: First Release Ever of Comprehensive National Income Statistics. PlanEcon Report, Vol. VIII, Nr. 11-13. Washington D.C. 1992, Tabelle 10.

³³ Vgl. Russian Foreign Trade Performance During the First Half of 1992 and a Review of Commodity Composition of Trade of Member Republics in 1991. PlanEcon Report, Vol. III, Nr. 30-31, Washington D.C., Tabelle 5; *Dannye ob eksporte i importe po respublike Belarus' za janvar' — avgust 1992 goda*. Minsk 1992, S. 1 ff.; wegen der Schwierigkeit, einen angemessenen Wechselkurs zur Umrechnung der in Rubel angegebenen Beträge zu bestimmen, sind die Daten für 1991 und 1992 nicht unmittelbar vergleichbar.

³⁴ Vgl. *Aggregate Economic Developments ...*, a.a.O., Tabelle 5; *Dannye ob eksporte i importe tovarov vnešnetorgovymi i vnešne ekonomičeskimi ob'edinenijami, vnešnetorgovymi firmami, predprijatijami i organizacijami za janvar' — ijun' 1992 goda po Respublike Belarus'*. Minsk 1992, S. 14 ff.

³⁵ Vgl. *Dannye ob eksporte i importe po Respublike Belarus'...*, a.a.O., S. 1 ff.

³⁶ Vgl. Maschinentabellen des Statistischen Bundesamtes für den Zeitraum Mai bis Juli 1992.

³⁷ Vgl. IMF: *Belarus ...*, a.a.O., S. 41.

³⁸ Da die Ausfuhren in die übrigen Nachbarstaaten der Sowjetunion ebenfalls nicht von der Ablieferungspflicht erfaßt werden, besteht auch ein Anreiz zu Umwegexporten über Rußland, wo die effektive Exportbesteuerung niedriger ist (vgl. Eirik Svindland, ..., a.a.O., S. 15).

³⁹ Mündliche Auskunft eines Vertreters des Finanzministeriums im September 1992.

In die Schätzung der Zahlungsbilanz ist die von Weißrußland gesamtschuldnerisch übernommene Verpflichtung zur Bedienung der Altschulden der Sowjetunion nicht einbezogen. Bei einem Anteil von 4,1 vH entfällt auf Weißrußland ein Schuldenbestand von knapp 3 Mrd. US-\$⁴⁰. In einem bilateralen Abkommen mit Rußland hat Weißrußland auf seine Ansprüche an das Altvermögen der Sowjetunion zugunsten von Rußland verzichtet; im Gegenzug hat Rußland die weißrussischen Schuldendienstverpflichtungen aus den sowjetischen Altschulden übernommen⁴¹. Bisher ist nicht bekannt, ob die Gläubiger der Sowjetunion den mit diesem Abkommen beabsichtigten Ausstieg Weißrußlands aus der gesamtschuldnerischen Haftung akzeptieren.

Stand der Reformpolitik

Öffentliche Haushalte

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hat Weißrußland am 1. Januar 1992 ein neues Steuer- und Abgabenrecht eingeführt. Es ist kompliziert, und seine Anwendung überfordert z.T. die Verwaltung⁴². Als wichtigste Einnahmequellen sieht der Staatshaushalt die Mehrwertsteuer (39 vH der Einnahmen), die Gewinnsteuer (26 vH), spezielle Verbrauchsteuern (9 vH), die Einkommensteuer (8 vH) und die „Tschernobylsteuer“ (8 vH) vor.

Der Hebesatz der speziellen Verbrauchsteuern differiert nach Warengruppen erheblich und liegt zwischen 88 vH (für Alkohol) und 30 vH (z.B. für Tapeten) der beim Verkauf erzielten Erlöse⁴³. Die Mehrwertsteuer beträgt 28 vH; ausgenommen von ihr sind insbesondere die Waren, die den speziellen Verbrauchsteuern unterliegen.

Die Höhe des Gewinnsteuersatzes differiert nach Branchen und z.T. nach Betriebsgröße. Mit Steuervergünstigungen und Strafsteuersätzen wird sowohl eine branchenorientierte Förderung wie auch eine Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen versucht⁴⁴. Die Einkommensteuer ist progressiv ausgestaltet (Spitzensteuersatz 50 vH). Durch laufende Anpassung der steuer tariflichen Einkommensklassen an die Geldentwertung wird die Wirkung der Progression gemildert, so daß die reale Belastung der privaten Haushalte, die zur Bremsung der Inflation beitragen könnte, nicht eintritt⁴⁵.

Die Ausgabenseite wird vornehmlich durch Ausgaben für das Sozial- und Bildungswesen (32 vH), Subventionen (etwa 25 vH), Ausgaben zur Beseitigung der Tschernobylschäden (12 vH)⁴⁶ sowie Verteidigungsausgaben (5 vH) bestimmt. Die eingeschlagene Politik, bestimmte Preise nicht der Inflation anzupassen, führt zu einem drastischen Anstieg des ausgabewirksamen Subventionsbedarfs. Darin kommt zum Ausdruck, daß einer Verteilungspolitik über die Preissetzung immer noch der Vorzug vor einer direkten Umverteilung zugunsten Bedürftiger gegeben wird. Ebenso läßt die gegenwärtige Politik keinen Spielraum für den Aufbau eines Systems der sozialen Sicherung. Ansätze zu einer Infrastrukturpolitik sind kaum vorhanden.

Während der Staatshaushalt 1991 noch einen Überschuß aufwies, sah der im Februar 1992 verabschiedete Erlaß „Über den Staatshaushalt der Republik Weißrußland im Jahr 1992“ bereits ein Defizit von 6 vH der Ausgaben vor. Verursacht durch die starke Inflation und die mangelnde Ausgabendisziplin stieg das für das Jahresende erwartete Budgetdefizit im Verlauf des Jahres drastisch (22 vH der Ausgaben) und drohte damit außer Kontrolle zu geraten. Der Haushaltsplan wurde deshalb im September ein weiteres Mal aktualisiert. Durch Einnahmeerhöhungen, reale Einsparungen und eine Veränderung der Ausgabenstruktur wird eine Defizitbegrenzung auf 12 vH der Ausgaben versucht⁴⁷.

Die Finanzierung des Budgetdefizits soll zum größten Teil durch einen Kredit bei der Zentralbank erfolgen. Der fehlende Restbetrag (mehr als 1/3 des Defizits) soll durch Anleihen bei Privaten gedeckt werden. Da ein funktionierender Kapitalmarkt nicht vorhanden ist, dürfte ihre Platzierung, wenn sie nicht den Charakter von Zwanganleihen haben sollen, kaum gelingen. Damit ist eine Ausweitung der Finanzierung über die Nationalbank wahrscheinlich.

Da davon auszugehen ist, daß die Einnahmen — trotz der neu eingerichteten Steuerfahndung — hinter den Erwartungen zurückbleiben und die Ausgaben inflationsbedingt steigen, wird das Haushaltsdefizit voraussichtlich den gesteckten Rahmen von 12 vH überschreiten. Das Budgetdefizit droht außer Kontrolle zu geraten. Die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik wird damit erschüttert.

Geld- und Währungspolitik

Die direkte Finanzierung des weißrussischen Budgetdefizits schlägt sich in der Zentralbankbilanz deutlich nieder. In den ersten acht Monaten dieses Jahres stieg die Netto-

⁴⁰ Vgl. IMF: Belarus ..., a.a.O., S. 7.

⁴¹ Mündliche Auskunft eines Vertreters von Gosekonomplan im September 1992.

⁴² Der am 28. Februar 1992 verabschiedete Haushalt mußte offensichtlich mehrfach angepaßt werden. Die letzte vorliegende Version stammt vom September 1992 und war zum Zeitpunkt unserer Gespräche noch nicht verabschiedet. Vgl. Gosudarstvennyj bjudžet Respubliki Belarus' na 1992 god (unveröffentlicht).

⁴³ Vgl. Sbornik zakonov po nalogooblaženiju. Minsk 1992, S. 12 ff.

⁴⁴ Vgl. Nalogi i sbory v Respublike Belarus'. Minsk 1992, S. 53 ff.; Sbornik zakonov ..., a.a.O. S. 21 ff.

⁴⁵ Vgl. redaktionelle Vorbemerkung in: Nalogi i sbory ..., a.a.O.; Sbornik zakonov ..., a.a.O., S. 58 ff.

⁴⁶ Ausgaben für die Gesundheitsschäden sind nicht enthalten.

⁴⁷ Neben dem Staatshaushalt und den Haushalten der Gebietskörperschaften existieren sogenannte Nebenhaushalte (Pensionsfonds, Stabilisierungsfonds und Investitionsfonds). Nach Angaben unseres Gesprächspartners in Minsk ist geplant, dieses System auszuweiten und wichtige Budgetposten — z.B. die Budgetposten im Zusammenhang mit der Beseitigung der Tschernobylschäden — in Nebenhaushalte auszugliedern.

verschuldung der Gebietskörperschaften (ohne Spezialfonds) bei der Zentralbank von knapp einer Milliarde auf gut sechs Milliarden Rubel. Das offizielle Budgetdefizit und die direkte Verschuldung des Staates bei der Zentralbank geben jedoch nur einen kleinen Teil des tatsächlichen Staatsdefizits und der tatsächlichen Zentralbankfinanzierung staatlich gelenkter Aktivitäten wieder. Ebenso wie andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion hat Weißrußland weitgehend eine Umwegfinanzierung gewählt. Die Zentralbank vergibt umfangreiche Kredite zu extrem negativen Realzinsen an Geschäftsbanken, die diese Mittel dann überwiegend gemäß staatlicher Vorgaben an Betriebe weiterleiten. Auf diese Weise kann die diskretionäre Subventionierung und Steuerung der Betriebe fortgesetzt werden, ohne daß das offiziell ausgewiesene Budgetdefizit ausufert. Die Zentralbankkredite an weißrussische Geschäftsbanken haben von Anfang Januar bis Anfang September 1992 explosionsartig, von 14,7 auf 135,5 Mrd. Rubel, zugenommen. Dies geht weit über eine normale Refinanzierung von Geschäftsbanken hinaus und übersteigt die Zunahme der direkten Staatsverschuldung bei der Notenbank um das 23fache.

Anders als beispielsweise die Ukraine hat sich Weißrußland bisher um eine Koordination der Geldpolitik innerhalb der Rubelzone und damit um eine Kooperation mit der russischen Zentralbank bemüht. Im Gegensatz zu einer ursprünglichen Ankündigung hat Weißrußland neue Rubelbanknoten jedoch nicht durch Leistungsbilanzüberschüsse mit Rußland verdienen müssen, sondern sie gegen Kredit von der Russischen Zentralbank erhalten. Die Zunahme der Nettoverschuldung gegenüber der russischen Zentralbank deutet darauf hin, daß auf diese Weise in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres etwa 55 Mrd. Rubel in Weißrußland neu in Umlauf gebracht wurden⁴⁸.

Bisher hat Weißrußland noch keine entscheidenden Schritte zur Einführung einer eigenen Währung unternommen. Neben den Moskauer Rubelnoten kamen in Weißrußland allerdings bereits 1991 sogenannte „Talons“ in Umlauf, die als spezifische Bezugsscheine dazu dienen sollten, den Verkauf knapper Güter des Grundbedarfs an Nichtgebietsansässige einzuschränken. Mit der Freigabe vieler Preise im Januar wurden außerdem Kupons als Quasigeld ausgegeben, die in allen staatlichen Läden in Verbindung mit Rubel und im Verhältnis 1:1 zum Rubel verwendet wurden. Inzwischen sind diese weißrussischen Kupons abgeschafft worden. Dies hängt zum einen mit der übermäßigen Emission zusammen. Da 60 vH der Löhne und Sozialabgaben in Form von Kupons ausgezahlt wurden, wurden die Kupons bereits im Februar mit einem Abschlag von 70 vH gegenüber dem vergleichsweise knappen Rubelbargeld gehandelt. Zum anderen beruht die Abschaffung der Kupons darauf, daß dieses partielle Rubelsubstitut überflüssig wurde, als Rußland im Sommer wieder güterwagenweise Bargeld lieferte. Als ein Beitrag zur Linderung der ursprünglichen Knappheit an Rubel-

Bargeld werden in Absprache mit der russischen Zentralbank seit Juni die ersten weißrussischen Rubelnoten emittiert. Sie werden im Verhältnis 1 weißrussischer Rubel zu 10 russischen Rubeln verwendet.

Mit der Lieferung von russischen Rubelnoten und der Ausgabe eigener Rubelnoten, die reine Substitute für den russischen Rubel sind und ökonomisch gesehen keine eigene Währung darstellen, konnte sich auch die offene Inflation dem russischen Tempo nähern. Auf Jahresbasis werden die nicht administrativ gebundenen Preise in derselben Größenordnung wachsen wie in Rußland, also vermutlich auf mindestens das 20fache des Niveaus von Anfang Januar.

Neben den direkten Preiskontrollen zählen die stark differenzierten Wechselkurse gegenüber dem US-Dollar zu den wichtigsten Instrumenten der Preispolitik und der diskretionären Steuerung wirtschaftlicher Aktivitäten in Weißrußland. Der „Spezialkurs“ für Importe auf Regierungsebene und für die zwangsmäßigen Devisenabgaben von Exporteuren betrug Mitte September 50 Rubel pro US-Dollar, während damals US-Dollar auf dem Moskauer Interbankenmarkt für 250 Rubel gehandelt wurden. Ein weiterer Kurs, der „kommerzielle Kurs“ für genehmigte Importe, lag im September bei 150 Rubel pro US-Dollar; für Importe, die als besonders förderungswürdig eingestuft wurden, werden Subventionen in Form von Sonderkonditionen eingeräumt — zum sogenannten „staatlichen Kurs“, der fallweise zwischen dem kommerziellen und dem Spezialkurs festgesetzt wird.

Dieses System multipler Wechselkurse verträgt sich nicht mit der russischen Währungspolitik im Jahre 1992, da Rußland die Sonderkurse Anfang Juli abgeschafft hat. Die unterschiedlichen Devisenregimes geben einen Anreiz zu Arbitrage und Umweghandel zwischen den Staaten der Rubelzone. Die Wechselkursspaltung verträgt sich auch nicht mit der rasanten Geldentwertung im Rubelgebiet; die Sonderkurse laufen auf eine erhebliche Überbewertung des Rubels in Weißrußland und somit auf eine Prämie für die Importeure hinaus, die zu diesen Kursen importieren können. Der Übergang zu einer transparenten, leicht handhabbaren Devisenmarktordnung zählt daher zu den dringend erforderlichen Reformen. Spätestens bei der Einführung einer eigenen neuen Währung oder bei einer alternativen Einigung mit der russischen Zentralbank über die zukünftige Organisation eines gemeinsamen Rubelgebietes wird diese Devisenmarktreform unumgänglich.

Im Bereich des Bankwesens hat sich Weißrußland weitgehend an den russischen Reformen orientiert. Zunächst wurden große Geschäftsbanken aus dem Bereich der Zentralbank ausgegliedert. Anschließend wurden weitere, „private“ Banken zugelassen, als die Bindung der Kunden an bestimmte Geschäftsbanken aufgehoben wurde. Ob-

⁴⁸ Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber der russischen Zentralbank abzüglich der eigenen Kredite zugunsten der russischen Zentralbank.

wohl gegenwärtig etwa 25 Geschäftsbanken als Universalbanken operieren, vergeben die großen staatlichen Geschäftsbanken weiterhin zwei Drittel aller Kredite, und die frühere Monopolsparkasse (Sperbank) hält 60 vH aller Einlagen. Der Oberste Sowjet hat in einer Anlage zum Erlaß "Über die Geld- und Kreditpolitik der Republik Weißrußland 1992" die grundlegenden Daten zur Regulierung des Bankwesens formal festgelegt. Die Kennziffern der Bilanzstruktur liegen in einem Bereich, der keine auffallende Vorzugsbehandlung von Großkunden zuläßt. Bekannt ist, daß die Nichteinhaltung der maximalen Zinsdifferenz nicht kontrolliert und damit auch nicht geahndet wird. Es ist daher davon auszugehen, daß auch die z.T. detaillierten bilanzrechtlichen Vorschriften in der Praxis nicht beachtet werden.

Zu den größten Problemen im weißrussischen Bankwesen gehört die Ineffizienz des Zahlungsverkehrs innerhalb Weißrußlands, die sich auch in der Bilanz der Zentralbank niederschlägt. Zum Stichtag 1. September 1992 hatte die Zentralbank Forderungen und Verbindlichkeiten aus noch nicht abgewickelter Clearing in Höhe von 431 bzw. 477 Mrd. Rubel. Ökonomisch gesehen entspricht die Differenz von 46 Mrd. Rubel einer kurzfristigen Zwangsanleihe des Staates bei seinen Betrieben und Banken.

Der ordnungspolitische Rahmen

Zur Rechtsordnung

Im Unterschied zu Rußland besteht in Weißrußland ein relativ hohes Maß an politischer und rechtlicher „Stabilität“; d.h. die staatlichen Strukturen aus den Zeiten der alten Sowjetunion sind weitgehend intakt geblieben. Für den Aufbau neuer demokratischer Strukturen, die auf dem Prinzip der Gewaltenteilung basieren, wurde bislang wenig getan. Diese „Stabilität“ und die Homogenität des weißrussischen Staatsgebildes sichern allerdings weitgehend die Durchsetzbarkeit administrativer und legislativer Akte, so daß ein Enforcement-Problem wie in Rußland nicht existiert. Unter diesen Bedingungen dominiert in den meisten Bereichen immer noch das zentrale Planungssystem, zumal die bisherige Politik kaum auf eine ernsthafte Systemtransformation abzielt.

Zur Eigentumsfrage

Nach dem weißrussischen Eigentumsgesetz (EigG) vom 12. Dezember 1990 ist die Bildung privaten Eigentums bei Immobilien und Produktionsmitteln prinzipiell erlaubt. Dieses Gesetz sieht allerdings auch vor, daß in einzelnen, explizit nicht genannten Bereichen privates Eigentum untersagt werden kann. Zudem nennt das EigG neben dem privaten Eigentum zwei weitere Eigentumsformen, das kollektive und das staatliche Eigentum. Das staatliche Eigentum kann außer Vermögensobjekten, die für die Erfüllung originärer Staatsaufgaben notwendig sind, auch Einrichtungen zur Produktion privater Güter umfassen⁴⁹.

Für den Herbst 1992 ist die Verabschiedung eines Privatisierungsgesetzes angekündigt worden, das Aufschluß über die Vorgehensweise bei der Privatisierung staatlichen Eigentums geben soll. Es wird diskutiert, eine „Coupon-Privatisierung“ nach dem Vorbild der bisherigen CSFR durchzuführen: Die Bürger sollen Voucher-Hefte erhalten, mit denen sie wenigstens die Hälfte der zu privatisierenden Industrie direkt oder über Investmentfonds erwerben sollen. Wenigstens 40 vH der Anteile sollen bei einer staatlichen Vermögensagentur verbleiben, die diese Anteile auch ausländischen Investoren anbieten kann. Nach den vorliegenden Informationen beabsichtigt die Regierung 147 Unternehmen zu privatisieren, die angeblich etwa 90 vH der Industrieproduktion erstellen. Einige dieser Unternehmen sollen bereits für ihre Privatisierungspläne staatliche Genehmigungen erhalten haben. Diese Genehmigungen beruhen auf Regierungsbeschlüssen, die eine Privatisierung von Industrieunternehmen auch ohne Privatisierungsgesetz ermöglichen. Ein Teil der weißrussischen Unternehmen wird von der Privatisierung ausgeschlossen bleiben, da diese in der Rüstungsindustrie oder in anderen Bereichen von „strategischem Interesse“ angesiedelt sind⁵⁰.

Ein wichtiger Schritt zur Privatisierung des staatlichen Wohneigentums wurde mit der Verabschiedung des „Gesetzes über die Privatisierung des Wohnungsbestandes“ (WohnG) am 16. April 1992 getan. Dieses Gesetz sieht vor, daß Wohnhäuser und Wohnungen, die bislang dem Staat, Genossenschaften oder gesellschaftlichen Organisationen gehören, privatisiert werden. Als Erwerber dieses Wohnraums können sowohl Inländer als auch Ausländer, die dauerhaft auf dem Gebiet Weißrußlands leben, auftreten. Inländer können den Wohnraum entgeltlich erwerben oder in Form einer Schenkung erhalten; für Ausländer ist nur der Erwerb vorgesehen⁵¹.

Zu den Prinzipien unternehmerischen Handelns

Das „Gesetz über die Betriebe“ (Betrg) vom 14. Dezember 1990 bestätigt die Formen des Eigentums an Betrieben, die das EigG definiert. Darüber hinaus schreibt das Betrg fest, daß die Betriebe ihre wirtschaftliche Tätigkeit nachfrageorientiert auf Gewinnerzielung ausrichten sollen. Dafür wird den Betrieben zugestanden, ihre Produktions- und Investitionsaktivitäten selbständig zu gestalten sowie in eigener Verantwortung die Verträge mit Abnehmern und Lieferanten auszuhandeln. Das „Gesetz

⁴⁹ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 26. Dezember 1990.

⁵⁰ Vgl. Klaus Schrader und Claus-Friedrich Laaser: Kompromisse statt Marktwirtschaft — Reformdefizite in der Russischen Föderation, der Ukraine, Weißrußland und den baltischen Staaten. In: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 186-187/1992; Neue Zürcher Zeitung vom 17. August 1992.

⁵¹ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 15. Mai 1992.

über das Unternehmertum" (UntG) vom 28. Mai 1991 bestätigt das BetrG hinsichtlich der weitgehenden Produzentsouveränität der Betriebe.

Zur Freiheit der Märkte

Die Verfassung der weißrussischen Güter- und Faktormärkte ist der Situation in der Russischen Föderation sehr ähnlich. Die Preisbildung auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten ist trotz der Preisreform vom 3. Januar 1992 in vieler Hinsicht weiterhin reguliert; dazu zählen vor allem Güter des Grundbedarfs, Energie, Mieten sowie öffentliche Dienstleistungen. Des weiteren bestehen Mindestlohnvorschriften, und in den überwiegend staatlichen Produktionsbetrieben dominieren weiterhin administrierte Löhne.

Marktzugangsbeschränkungen existieren für eine Reihe von Bereichen, etwa die Rüstungs-, Spirituosen- und Pharmaproduktion. Der Marktaustritt wird durch das „Gesetz über die wirtschaftliche Insolvenz und den Bankrott" (KonkursG) vom 30. Mai 1991 reguliert⁵². Das KonkursG definiert den Bankrott als die richterliche Bescheinigung über die völlige Zahlungsunfähigkeit eines Wirtschaftssubjekts und legt im einzelnen die Schritte des dann einzuleitenden Konkursverfahrens fest. Mit der Abwicklung des Konkursverfahrens wird eine Liquidationskommission betraut, die die Aufgaben eines Konkursverwalters wahrnimmt.

Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen

Die Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen wurden in dem „Gesetz über ausländische Investitionen auf dem Gebiet der Republik Weißrußland" (AusG) vom 14. November 1991 festgelegt. Das AusG sieht im einzelnen folgende Regelungen vor:

- **Eigentumserwerb:** Ausländische natürliche und juristische Personen dürfen Eigentum an weißrussischen Unternehmen bilden und Vermögensobjekte erwerben, die für ihren Erwerbzweck notwendig und im Rahmen der weißrussischen Rechtsordnung zulässig sind; dazu zählt auch der Erwerb von Grund und Boden. Besonders geregelt wird der Eigentumserwerb durch Joint-Ventures, der ebenfalls im Rahmen des Unternehmenszwecks möglich ist.
- **Zulassungs- und Registrierungsbestimmungen:** Es besteht eine Registrierungspflicht, die nach Unternehmenszweck und der Höhe der Kapitaleinlage unterschiedlich ausgestaltet sein kann.
- **Mehrheitsbeschränkungen:** Reine Auslandsunternehmen sind prinzipiell gestattet, nur im Finanzbereich darf der ausländische Anteil nicht mehr als 50 vH betragen.
- **Besteuerung:** Während der allgemeine Gewinnsteuersatz seit dem 1. Januar 1992 30 vH beträgt, gilt für Ein-

kommen aus Beteiligungen an Joint-Ventures sowie für mittelständische Unternehmen ein Steuersatz von 15 vH. Darüber hinaus sind für Unternehmen mit Auslandsbeteiligung unter bestimmten Voraussetzungen Gewinnsteuerbefreiungen und -ermäßigungen möglich; zudem genießen sie Privilegien im Außenhandelsverkehr.

- **Gewinnrepatriierung:** Ausländischen Investoren wird der freie Transfer von Gewinnen in ausländischer Währung garantiert.
- **Investitionsschutz:** Der Besitzstand ausländischer Investoren ist garantiert; Enteignungen sind nur ausnahmsweise und nur gegen Entschädigung zulässig.

Bewertung

Trotz dieser Gesetzeslage sind die Voraussetzungen für eine höhere Wettbewerbsintensität auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten weiterhin nicht gegeben: Die Demonopolisierung der weißrussischen Wirtschaft ist an die noch nicht eingeleitete Privatisierung geknüpft, die Unternehmen unterliegen keiner harten Budgetrestriktion, und die außenwirtschaftliche Öffnung wird durch staatliche Regulierungen weitgehend verhindert. Die Betriebe haben den Interessen ihrer Belegschaften und ihres (staatlichen) Eigentümers zu dienen, was auf ihre Einbindung in die staatliche Produktionsplanung und Preispolitik hinausläuft. Auf diese Weise sichern sie sich eine staatliche Alimentierung und damit auch ihre Zahlungsfähigkeit. Ein Bankrott ist unter diesen Umständen ausgeschlossen. Angesichts der Existenz eines verbindlichen Investitionsplans für die Wirtschaft und der unverändert beibehaltenen Praxis obligatorischer Staatsaufträge muß der Wille zu wirklichen Reformen bezweifelt werden.

Außerdem läßt der ordnungspolitische Rahmen der Republik Weißrußland bislang wichtige Reformschritte vermissen, die für eine marktwirtschaftliche Transformation notwendig sind. Die legislativen und administrativen Grundlagen für eine kleine und große Privatisierung — gesetzliche Bestimmungen, Durchführungsverordnungen und Programme — müssen erst noch geschaffen werden. Gleiches gilt für die notwendigen Institutionen in Gestalt einer funktionstüchtigen Privatisierungsagentur und vor allem eines Kapitalmarktes bzw. einer Börse.

Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte

Einkommen und Verbrauch

Hyperinflation, eine weiterhin angespannte Versorgungslage bei den wichtigsten Verbrauchsgütern und Dienstleistungen und Haushaltseinkommen, die deutlich langsamer als die Geldentwertung wachsen, bestimmen

⁵² Entsprechende Vorschriften zur Liquidation eines Betriebs finden sich auch im BetrG vom 14. Dezember 1990; sie sind mit denen des KonkursG weitgehend deckungsgleich.

die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte seit Beginn des Jahres 1992.

Die Einkommen der privaten Haushalte wuchsen von Januar bis August 1992 auf 610 vH⁵³ und damit um ca. ein Drittel langsamer als das Preisniveau. Ausschlaggebend dafür war die von der Regierung kontrollierte Lohnentwicklung. Die Einnahmen aus unselbständiger Arbeit stellten 1991 mit 65,5 vH die wichtigste Einkommensquelle der privaten Haushalte (Haushalte der Arbeiter und Angestellten) dar. Entsprechend den Bestimmungen des Betriebsgesetzes⁵⁴ dürfen weißrussische Unternehmen zwar die Löhne der Arbeitnehmer selbst festlegen. In den haushaltsfinanzierten Einrichtungen (etwa 40 vH aller Beschäftigten) wurde jedoch ein Lohnindexierungssystem eingeführt: Für jedes Prozent Erhöhung der Verbraucherpreise ist eine Lohnsteigerung von ca. 0,6 vH erlaubt. Das gilt allerdings nur für Löhne bis zur doppelten Höhe des Mindestlohnes, während darüber hinausgehende Lohnanteile entweder nur zu 50 vH (bis zur vierfachen Höhe des Mindestlohnes) oder überhaupt nicht in die Indexierung einbezogen werden. Daraus ergibt sich eine klare Tendenz zur Nivellierung der Arbeitseinkommen.

Insgesamt betrug der durchschnittliche Monatslohn im Jahre 1991 521 Rubel und ist im Zeitraum Januar bis August 1992 auf 2 922 Rubel⁵⁵ gestiegen. Vorhandene Lohndifferenzierungen wurden aus der Vergangenheit übernommen und haben kaum eine Beziehung zur Produktivitätsentwicklung. Bereiche wie Handel, Kommunalwirtschaft, Gesundheits- und Sozialwesen, Bildung, Kultur und Landwirtschaft liegen zum Teil weit unter dem Durchschnitt, während Industrie, Bauwesen und insbesondere die Kredit- und Versicherungsbranche überdurchschnittliche Löhne zahlen⁵⁶. Mindestlöhne und Mindestrenten waren von Januar bis April 1992 auf 350 Rubel festgesetzt und sind im Mai 1992 auf 1 000 Rubel angehoben worden.

Die Einzelhandelspreise unterliegen weiterhin einer strengen staatlichen Regulierung. Zuletzt wurden die Preise in einem Abstand von höchstens drei Monaten neu festgesetzt. Trotz ihrer Erhöhung wurden hohe staatliche Subventionen für Grundnahrungsmittel, Brennstoffe und Transportleistungen bereitgestellt (im Haushaltsplan für 1992 sind dafür 36,8 Mrd. Rubel vorgesehen = 12 vH der Gesamtausgaben)⁵⁷. Die Wohnungsmieten sind bisher generell von den Erhöhungen ausgenommen worden. Die Preise auf den Kolchosmärkten, die durch Gesetz zwar liberalisiert wurden, orientieren sich dennoch im wesentlichen an den staatlich festgelegten Preisen. Zudem spielen die Kolchosmärkte eine vergleichsweise untergeordnete Rolle (1991 hatten sie einen Anteil von 0,8 vH am Einzelhandelsumsatz).

Aus dem Verhältnis von Preis- und Einkommensentwicklung kann abgeleitet werden, daß es zu beträchtlichen Realeinkommenseinbußen gekommen ist. Sie sind jedoch nicht exakt zu quantifizieren, da unentgeltliche Leistungen weiterhin eine erhebliche Rolle spielen (1991 wurden sie pro Beschäftigten mit 240 Rubel pro Monat⁵⁸ ausgewiesen

und entsprachen damit fast 50 vH des Durchschnittslohnes). Gleichzeitig hat eine beträchtliche Entwertung der Sparguthaben stattgefunden (Stand Ende 1991: 23 Mrd. Rubel).

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte hat auch zu einer Veränderung ihrer Ausgabenstruktur geführt. 1992 müssen zwei Drittel der Bevölkerung bereits 60 vH ihrer Einnahmen für Nahrungsmittel des Grundbedarfs ausgeben⁵⁹.

Trotz der hohen Preissteigerungen hat sich die Versorgungslage kaum stabilisiert, weil in den ersten acht Monaten des Jahres gleichzeitig die Produktion von Konsumgütern um 11 vH, bei Nahrungsgütern sogar um 28 vH zurückgegangen ist⁶⁰. Importe konnten hier keinen Ausgleich schaffen.

Gesunkene Kaufkraft und unzureichendes Warenangebot führten dazu, daß in den Monaten Januar bis August 1992 ein Rückgang des Einzelhandelsumsatzes von 28 vH gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum eingetreten ist⁶¹. Darauf hatte auch Einfluß, daß bisher die Privatisierung des überwiegend staatlichen oder kommunalen Einzel- und Großhandels so gut wie keine Fortschritte gemacht hat. Entsprechenden Regierungsankündigungen fehlen immer noch die gesetzlichen Grundlagen und institutionellen Voraussetzungen.

Soziales Sicherungssystem

Das Sozialversicherungssystem Weißrußlands ist weiterhin staatlich organisiert und erhält bedeutende Zuwendungen aus dem Staatshaushalt, deren Anteil an den Staatsausgaben in den letzten Jahren allerdings gesunken ist. Wurden 1990 noch 10,6 vH der Gesamtausgaben für die Sozialversicherung eingesetzt, waren es 1991 5,0 vH⁶², und im Haushaltsplan 1992 sind lediglich 2,4 vH⁶³ dafür vorgesehen. Das hängt vor allem damit zusammen, daß in der Zwischenzeit ein selbständiger Rentenfonds, ein Sozialversicherungsfonds und ein Beschäftigungsfonds mit eigenen Einnahmen und eigener Haushaltsrechnung gebildet wurden:

⁵³ Vgl. Osnovnye pokazateli ..., a.a.O., S. 3.

⁵⁴ Vgl. „O predpriatijach v Belorusskoj SSR“ (Sovetskaja Belorussija vom 27. Dezember 1990). In Kraft seit 1. Januar 1991.

⁵⁵ Vgl. Osnovnye pokazateli ..., a.a.O., S. 76.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Vgl. Gosudarstvennyj budžet ..., a.a.O.

⁵⁸ Vgl. Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus'..., a.a.O., S. 121.

⁵⁹ Vgl. O social'no-ekonomičeskich procesšach v Respubliki Belarus' v pervom kvartale 1992 g., Analitičeskij doklad. Minsk 1992, S. 4.

⁶⁰ Vgl. Osnovnye pokazateli ..., a.a.O., S. 1.

⁶¹ Vgl. Osnovnye pokazateli ..., a.a.O., S. 3.

⁶² Vgl. Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' ..., a.a.O., S. 16.

⁶³ Vgl. Gosudarstvennyj budžet ..., a.a.O., S. 3.

- Der Rentenfonds — 1990 gegründet — finanziert sowohl die Renten als auch die Zuwendungen für kinderreiche Familien. Diese Leistungen werden in gleicher Weise wie die Löhne indexiert, wenn sie die doppelte Höhe des Mindestlohnes nicht übersteigen. Die Einnahmen des Fonds werden aus Abführungen der Betriebe (ca. 35 vH der Lohnsumme)⁶⁴ und durch Beiträge der Versicherungsnehmer in Höhe von 1 vH ihres Bruttolohnes gebildet.
- Der Sozialversicherungsfonds — verwaltet von den offiziellen Gewerkschaften — garantiert Lohnersatzleistungen und medizinische Leistungen bei Krankheit und Erwerbsunfähigkeit. Finanzierungsquelle sind Beiträge der Unternehmen in Abhängigkeit von der Lohnsumme (ca. 6 vH)⁶⁵.
- Ende 1991 wurde der Beschäftigungsfonds gegründet. Er trägt die Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Beschäftigungssuche und Umschulung. Die Betriebe haben zur Finanzierung des Fonds 1 vH der Lohnsumme abzuführen.

Die Leistungsanforderungen an den Renten- und Sozialversicherungsfonds werden sich spürbar erhöhen. Zuschüsse aus dem Staatshaushalt können allein die Finanzierungslücke nicht schließen. Dringend erforderlich erscheint eine Veränderung des Finanzierungssystems dieser Fonds vor allem durch eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer⁶⁶. Die gesamten Lohnnebenkosten der Unternehmen werden auf durchschnittlich 60 vH der Lohnkosten geschätzt⁶⁷.

Wirtschaftspolitische Perspektiven

Ausgangslage

Die Gewinnung der politischen Souveränität und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Ende 1991 war in Weißrußland weniger das Ergebnis einer von der Bevölkerung getragenen politischen Bewegung als zwangsläufige Folge des Zerfalls der Sowjetunion. Daher war die weißrussische politische Führung kaum auf die Aufgabe vorbereitet, eine eigenständige Wirtschaftspolitik mit den Schwerpunkten makroökonomische Stabilisierung und marktwirtschaftliche Systemreform durchzuführen. Vielmehr versuchte sie, durch administrative Maßnahmen die Versorgung der Industrie mit Inputs zu gewährleisten und so den Produktionsrückgang aufzuhalten. Der Rückgang der Haushaltseinkommen wurde für die unteren Einkommensgruppen durch eine stark nivellierende Lohnindexierung und Subventionen für Grundnahrungsmittel abgedeckt. Das hohe Defizit im Staatshaushalt für 1992 wird fast ausschließlich durch Geldschöpfung finanziert.

Im Gegensatz zu Rußland ist in Weißrußland die innenpolitische Lage stabil, Enforcement-Probleme sind nicht vorhanden. Jedoch werden zahlreiche verabschiedete Gesetze, die die Grundlage für den Übergang zur Marktwirtschaft darstellen könnten, nur bedingt angewandt.

In Weißrußland dominieren gradualistische Reformstrategien. Die Interdependenz der verschiedenen Komponenten marktwirtschaftlicher Reformen wird häufig verkannt. Die unklare Mischung von Plan- und Marktelementen führt zu sich gegenseitig verschärfenden Inkonsistenzen und ist zum Scheitern verurteilt. Weit verbreitet ist insbesondere die Vorstellung, durch Preisreglementierung und Subventionen soziale Härten vermeiden zu können. Die Regierung Weißrußlands will offensichtlich nicht die Verantwortung für die verteilungspolitischen Konsequenzen aus der Transformation zur Marktwirtschaft übernehmen. Ihr Versuch, soziale Härten zu vermeiden, führt jedoch zwangsläufig zu Wohlfahrtseinbußen; denn auf diese Weise wird nur die Inflation angeheizt und der notwendige Strukturwandel gebremst. Die bestehenden ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, die ohnehin noch sehr stark vom „alten Denken“ geprägt sind, und die geringe Bereitschaft, Reformen umzusetzen, läßt derzeit vermuten, daß eine marktgerechte Entwicklung der weißrussischen Wirtschaft nicht vorgesehen ist.

Orientierungslinien für die Reform der Wirtschaftspolitik

Für eine konsistente und erfolgversprechende Wirtschaftspolitik ist derzeit vor allen Dingen eine Grundsatzentscheidung für die Marktwirtschaft notwendig. Das Fehlen einer solchen Entscheidung hat zu ad hoc-Interventionen, unvollständigen und teilweise widersprüchlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sowie zu einem mangelnden Durchführungswillen bereits beschlossener Gesetze geführt. Ein Ausweg aus dieser Sackgasse kann nur in einer grundlegenden Wende in der Wirtschaftspolitik bestehen. Diese muß kurzfristig die drohende Hyperinflation abwenden und mittelfristig die Voraussetzung für die Transformation bessern.

Weißrußland steuert durch die Einbindung in die Rubelzone ebenso wie durch die eigene unkontrollierte Geldschöpfung auf eine Hyperinflation zu. Die makroökonomische Stabilisierung kann in Anbetracht der chaotischen Entwicklung in Rußland nur gelingen, wenn Weißrußland aus der Rubelzone ausscheidet und die bereits bestehenden Pläne zur Einführung einer eigenen Währung rasch in die Tat umsetzt. Die neue Währung sollte einen einheitlichen, marktbestimmten Wechselkurs aufweisen und für Inländer zumindest für Leistungsbilanztransaktionen sowie für Ausländer voll konvertibel sein. Es muß eine Regelung für die Fakturierung gefunden werden, die

⁶⁴ Vgl. Belarus', *Ekonomičeskij obzor, Meždunarodnyj Valjutnyj Fond*. Washington D.C., April' 1992, S. 41.

⁶⁵ Vgl. Belarus', *Ekonomičeskij obzor ...*, a.a.O., S. 42.

⁶⁶ Vgl. bezüglich der Einkommensteuer auch *Nalogi i sbory ...*, a.a.O., S. 148 f.

⁶⁷ Vgl. Belarus', *Ekonomičeskij obzor ...*, a.a.O., S. 42.

den Lieferanten vor Inflationsverlusten schützt. Die Zahlungsabwicklung über Korrespondenzkonten der jeweiligen Geschäfts- oder Zentralbanken muß beschleunigt — vermutlich auch vereinfacht — werden. Es sollte vermieden werden, den Wechselkurs künstlich zu stützen, da auf diese Weise nur die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Wirtschaft geschwächt würde.

Zur makroökonomischen Stabilisierung ist eine Sanierung des Staatshaushalts durch Ausgabenkürzungen oder Einnahmeerhöhungen unabdingbar. Bei den Ausgaben bietet sich vor allem ein Ersatz der umfangreichen objektbezogenen Subventionen durch gezielte Beihilfen für einkommensschwache Haushalte an. Die Einnahmeseite muß durch Vereinfachung des Steuersystems und durch einen zügigen Aufbau der Finanzverwaltung gesichert werden. Die Vermeidung der Subventionen bedeutet die Durchsetzung „harter“ Budgetrestriktionen und erfordert eine durchgreifende Änderung in der Geldpolitik der weißrussischen Nationalbank. Die bisher praktizierte Kreditvergabe der Geschäftsbanken an Unternehmen zu negativen Realzinsen und eine entsprechende exzessive Finanzierung der Geschäftsbanken durch die Zentralbank müssen unterbunden werden. Anders kann die Inflation nicht zurückgeführt werden. Außerdem sollte das Konkursgesetz angewandt werden.

Hinsichtlich der Transformation des Wirtschaftssystems sollte die weißrussische Regierung sich darauf konzentrieren, durch die Zulassung von mehr Wettbewerb und durch wirksame Budgetbeschränkungen für Unternehmen und Banken die Voraussetzungen für ein knappheitsgerechtes Preissystem zu schaffen. Vor allem sollte die Lizenzpflicht im Außenhandel aufgehoben werden. Die damit verbundene Importliberalisierung würde die Monopolmacht zahlreicher weißrussischer Unternehmen und die daraus resultierenden Preissetzungsspielräume begrenzen. Eine Liberalisierung der Exporte wäre für die Unternehmen ein Anreiz, verstärkt neue Absatzmärkte als Ersatz für die ausgefallene Nachfrage aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu erschließen.

Im Bereich der Eigentumsordnung sind vor allem raschere Schritte zur „kleinen“ Privatisierung im Groß- und Einzelhandel, bei persönlichen Dienstleistungen, im Handwerk, im Straßengütertransport und im Wohnungswesen wünschenswert. In der Landwirtschaft kommt es darauf an, gleiche Wettbewerbschancen für die verschiedenen Eigentumsformen zu schaffen. Bisher können die neuen privaten „Farmen“ nur unter erschwerten Bedingungen Boden pachten, Kredite aufnehmen und Inputs erwerben. Gerade in der Nähe der großen Städte könnten aber private Betriebe aufgrund ihrer größeren Flexibilität einen nennenswerten Beitrag zur Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung leisten. Die „große“ Privatisierung der Masse der Industriebetriebe muß angesichts des umfangreichen kurzfristigen Handlungsbedarfs auf eine spätere Reformphase verschoben werden. Allerdings sollten bereits jetzt noch ausstehende Regelungen für den

Verkauf von Unternehmen an inländische oder ausländische Investoren auf Initiative von Management, Belegschaften oder potentiellen Käufern geschaffen werden.

Voraussetzungen und Chancen westlicher Hilfe

Von zentraler Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Weißrußland ist die Erschließung neuer Märkte, vor allem in Westeuropa, als Ersatz für die weggebrochene Nachfrage aus der ehemaligen Sowjetunion. Dies gilt insbesondere für Erzeugnisse der Landwirtschaft und Leichtindustrie, wo weißrussische Produzenten am ehesten auf westlichen Märkten wettbewerbsfähig werden können. Die Bereitschaft der westeuropäischen Staaten, Weißrußland zu helfen, muß daran gemessen werden, ob sie den Marktzugang bei diesen sensiblen Produkten gewährleisten.

Es ist jedoch weder für Weißrußland noch für die Lieferländer hilfreich, wenn Produkte aus Gründen der Auslastung heimischer Kapazitäten quasi an Weißrußland verschenkt werden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn Hermesbürgschaften für ostdeutsche Produkte gewährt werden, obwohl die Zahlungsunfähigkeit der Schuldner von vornherein feststeht. Eine solche Vorgehensweise würde den deutschen Steuerzahler schädigen und widerspräche dem Versicherungsprinzip, das diesem Instrument zugrundeliegt. Darüber hinaus würde in beiden Ländern die notwendige strukturelle Anpassung behindert.

Die politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit Weißrußlands war in der Vergangenheit gering. Viele wirtschaftspolitische Institutionen befinden sich daher noch im Aufbau. Häufig mangelt es an Fachkräften, insbesondere Ökonomen, die mit der Funktionsweise marktwirtschaftlicher Systeme vertraut sind. Langfristig angelegte Politikberatung, Aufbauhilfe durch entsprechende westliche Institutionen, wie Zentralbanken, Statistische Zentralämter u.ä., die Weiterbildung von Fachkräften sowie Unterstützung bei der Reform der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung können zu der notwendigen Humankapitalbildung auf weißrussischer Seite beitragen.

Die Grundvoraussetzungen für größere Hilfsprogramme sind derzeit nicht gegeben. Daher sollte zur Zeit — ähnlich wie in Rußland — keine ungebundene Hilfe gewährt werden. Sinnvoll erscheint allerdings die Förderung von Projekten, die unmittelbar zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen. Dazu zählt insbesondere die medizinische Hilfe für die Opfer der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl und die Umsiedlung der Bevölkerung aus den besonders stark radioaktiv verseuchten Gebieten.

Umweltprobleme

Tschernobyl

Das gravierendste Umweltproblem ist die Strahlenbelastung seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl. Die radioaktive Verschmutzung (fall out) Weißrußlands nach dem Unglück wird mit 70 vH der Bombe von Hiroshima angegeben; 55 vH des radioaktiven Niederschlags im

europäischen Teil der UdSSR entfielen allein auf den Bezirk von Gomel⁶⁸.

Das kritische Nuklid ist Cäsium-137 mit einer Halbwertszeit von 30 Jahren. 1990 wurde auf einer Fläche von 46 500 km² (22 vH des Territoriums der Republik) eine Cs-137-Kontamination des Bodens von mindestens 1 Curie/km² verzeichnet. Diese Untergrenze entspricht der höchsten Strahlenbelastung, wie sie kurzzeitig nach der Katastrophe an manchen Stellen Südbayerns gemessen wurde. 4 200 km² wiesen 1990 eine Bodenkontamination zwischen 15 und 40 Ci/km² auf; in diesen Regionen ist die Landwirtschaft starken Beschränkungen unterworfen. Aus den Gebieten mit einer Belastung von über 40 Ci/km², die 2 200 km² umfassen, soll die Bevölkerung möglichst umgesiedelt werden. Die Landwirtschaft ist hier eingestellt worden.

Insgesamt wurden seit 1986 260 000 Hektar Landwirtschaftsfläche und 1,3 Mill. Hektar Wald der wirtschaftlichen Nutzung entzogen. Im Bezirk Gomel, wo 11 vH der Fläche eine Strahlenbelastung von über 15 Ci/km² aufweisen, dürfen 214 000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche nicht bewirtschaftet werden; 27 Kolchosen und Sowchosen wurden aufgelöst⁶⁹. Die staatlichen Aufwendungen zur Bewältigung der Folgen des Reaktorunglücks von Tschernobyl beliefen sich 1991 auf 6 Mrd. Rubel (20 vH der Staatsausgaben)⁷⁰. Die gesamten Folgekosten des Unglücks (Kosten für das Gesundheitssystem, Produktionsverluste) sind immens, aber kaum zu quantifizieren.

Mit der Bewältigung der Folgen von Tschernobyl ist Weißrußland offensichtlich völlig überfordert. Würden bundesdeutsche Grenzwerte zugrunde gelegt, wäre eine landwirtschaftliche Nutzung auf mindestens 20 vH der Fläche des Landes unzulässig. Westliche Hilfen sind insbesondere bei der Dekontamination verstrahlter Flächen, bei der Ausstattung mit zuverlässigen Strahlenmeßgeräten sowie bei der Kontrolle der Strahlenbelastung von Nahrungsmitteln erforderlich.

Luftreinhaltung

Anders als in Rußland und der Ukraine gibt es in Weißrußland keine ausgeprägten Emissionsschwerpunkte; industrielle Großemittenten fehlen. Die Schadstoffemissionen der Industrie sind von 1985 bis 1991 um 20 vH gesunken. 1991 emittierten Industrie- und Kraftwerke 100 000 t Schwebstoffe, 575 000 t SO₂, 100 000 t NO_x, 185 000 t CO und 140 000 t flüchtige organische Verbindungen⁷¹. 36 vH der Industrieemissionen entfallen auf die Energiewirtschaft, 15 vH auf die chemische und petrochemische Industrie. Daten über die Verkehrsemissionen liegen zuletzt für 1989 vor. Sie werden mit 1,2 Mill. t CO, 250 000 t Kohlenwasserstoffe und 75 000 t NO_x angegeben⁷².

Gewässerschutz

1991 wurden insgesamt 2 Mrd. m³ Abwasser in die Gewässer eingeleitet, von denen die Hälfte auch ohne Be-

handlung nur gering belastet waren (z.B. Kühlwasser). 90 vH des reinigungsbedürftigen Abwassers wurden den Grenzwerten entsprechend geklärt, das ist ein für die GUS ungewöhnlich guter Wert (Rußland: 10 vH). 116 Mill. m³ waren 1991 stärker als zulässig belastet, über 80 vH entfielen hiervon auf kommunale Abwässer. Zu den mit dem Abwasser eingeleiteten Schadstoffen zählen jeweils 20 000 t BSB5 und Schwebstoffe sowie 800 t Erdölprodukte⁷³.

Abfallbeseitigung

Jährlich fallen etwa 45 Mill. t Industrieabfälle an, darunter 140 000 t toxische Abfälle. Ein erheblicher Teil der Industrieabfälle entsteht in der Kaliindustrie, auf deren Steinsalz- und Schlammdeponien etwa 500 Mill. t Produktionsrückstände lagern. Anlagen zur Verwertung oder zur sicheren Deponierung toxischer Abfälle fehlen derzeit noch, sie sollen bis 1995 gebaut werden⁷⁴.

Umweltpolitik

Von 1986 bis 1991 wurden im Jahresdurchschnitt 144 Mill. Rubel (in Preisen von 1991) in den Umweltschutz investiert, der Anteil an den Gesamtinvestitionen betrug lediglich 1 vH. Knapp 80 vH der Umweltinvestitionen entfielen auf den Gewässerschutz, 16 vH auf die Luftreinhaltung⁷⁵.

Ebenso wie in Rußland und in anderen Nachfolgestaaten der UdSSR sind auch in Weißrußland Abgaben für Umweltverschmutzung eingeführt worden. Sie werden für Schadstoffemissionen in die Luft und die Gewässer erhoben. Die Abgaben sowie die für die Verletzung der Umweltgesetze verhängten Strafen fließen in zweckgebundene Umweltschutzfonds, die bei den lokalen Gebietskörperschaften gebildet werden⁷⁶. Die Schwachstelle dieses Abgabekonzepts besteht in der unzureichenden Emissionskontrolle.

⁶⁸ Vgl. Čelovek i ekonomika, Nr.6/1990, S. 39.

⁶⁹ Vgl. Čelovek i ekonomika, Nr.8/1992, S. 29; Pravda vom 26. April 1991; Regional'nye problemy social'no-ekonomičeskogo razvitiya Belorusskoj SSR, Minsk 1991, S. 121 f.; A.M. Kellerer: Zur Situation der vom Reaktorunfall betroffenen Gebiete der Sowjetunion. In: Atomwirtschaft. März 1992, S. 118 ff.; David Marples: Post-Soviet Belarus and the Impact of Chernobyl. Post-Soviet Geography, Nr. 7/1992, S. 423.

⁷⁰ Vgl. IMF: Belarus ..., a.a.O., S. 40.

⁷¹ Vgl. Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' ..., a.a.O., S. 297.

⁷² Vgl. E žegodnik sostojanija zagriznenija vozducha i vybrosov vrednych veščestv v atmosferu gorodov i promyšlennych centrov Sovetskogo Sojuza. Leningrad 1990, S. 339.

⁷³ Vgl. Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus'..., a.a.O., S. 302; Sostojanie i očrana prirodnoj sredy v Belorusskoj SSR. Minsk 1991, S. 131.

⁷⁴ Vgl. Sostojanie..., a.a.O., S. 68 f.

⁷⁵ Vgl. Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' ..., a.a.O., S. 6, 304.

⁷⁶ Vgl. Sostojanie ..., a.a.O., S. 92 ff.

Zur Geldpolitik im Jahre 1993

Muß die Geldmenge auf den Potentialpfad zurückgeführt werden?

Sowohl die fünf führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute als auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben vor kurzem der Bundesbank geraten, für 1993 ein Ziel für die Geldmenge M_3 vorzugeben, das höher ist als das für 1992 mit laufenden Jahresraten von 3,5 bis 5,5 vH festgelegte Ziel¹. Die Institute plädierten für ein Geldmengenziel in der Größenordnung von 7 vH und, angesichts der üblichen Unsicherheiten bei der Schätzung, für einen Zieltrichter von 6 bis 8 vH². Der Sachverständigenrat hingegen bezeichnet eine Rate von 6,5 vH als die Obergrenze³; wählte man, was der Sachverständigenrat freilich nicht explizit tut, den üblichen Korridor von 2 Prozentpunkten, so käme man auf eine mittlere Rate von 5,5 vH. Bei der Ableitung des Geldmengenziels haben Institute und Sachverständigenrat einiges gemeinsam; beide nennen

- gut 3 Prozentpunkte für das Wachstum des gesamtdeutschen Produktionspotentials;
- 2 Prozentpunkte für den mittelfristig anzustrebenden Preisanstieg in Westdeutschland („normativer Preisanstieg“);
- 1 Prozentpunkt für den unvermeidlichen Preisanstieg in Ostdeutschland⁴. Diese Preiskomponente, deren Bedeutung bei der Ableitung der früheren Geldmengenziele unterschätzt wurde, ergibt sich aus dem prognostizierten Preisanstieg von 8,5 vH bei einem Anteil des ostdeutschen am gesamtdeutschen privaten Verbrauch von 13 vH.

Diese Komponenten, die zusammen reichlich 6 vH ergeben, werden in der Regel um eine Komponente ergänzt, mit der berücksichtigt werden soll, daß die Unternehmen und Haushalte auch bei konstantem Zinsniveau dazu neigen, ihre Geldbestände (M_3) tendenziell stärker auszuweiten, als ihr Einkommen wächst. Der Sachverständigenrat unterstellt einen trendmäßigen Anstieg des Geldhaltungsquotienten (Geldmenge M_3 in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt) von einem halben Prozentpunkt und gelangt damit zu einer Zunahme der potentialgerechten Geldversorgung von gut 6,5 vH. Die Institute kommen zu einer etwas größeren Rate, nämlich von gut 7 vH, da sie für den trendmäßigen Anstieg des Geldhaltungsquotienten eine höhere Rate — eher einen Prozentpunkt — veranschlagen⁵. Anders als die Institute hält der Sachverständigenrat generell einen Abschlag vom Geldmengenziel für erforderlich. Nach Ansicht des Sachverständigenrats braucht eine mittelfristig ausgerichtete Notenbankpolitik einen möglichst stetig steigenden Referenzpfad, von dem die Geldmenge nicht auf Dauer abweichen sollte. Er läßt diesen potential- und stabilitätsgerechten Pfad von 1988 an zunächst (1989) mit einer Rate von 4,5 vH und

dann — unter Beachtung des Sprungs nach der Währungsumstellung in der DDR — in den Jahren 1990 bis 1992 mit einer Rate von je 5 vH steigen.

Von diesem Pfad hat sich die Geldmenge seit über einem Jahr immer weiter nach oben entfernt. Damit stellte sich für den Sachverständigenrat die grundsätzliche Frage: Soll man den für 1993 gewiesenen Pfad von 6,5 vH nahtlos an den bisherigen Pfad anschließen lassen und damit, nämlich zur Rückführung auf den ursprünglichen Potentialpfad, einen massiven geldpolitischen Druck auf die Expansion der Geldmenge ausüben? Oder sollte man den neuen Pfad bei der „überhöhten“ Geldmenge beginnen lassen und damit die Zielüberschreitung sanktionieren?

Beide Extrepositionen lehnt der Sachverständigenrat ab. Seine Begründung basiert auf einer Rechtfertigung der bis Mitte 1992 verfolgten Geldpolitik. Aus der Fülle der Argumente seien hier nur die Kernthesen herausdestilliert: Einerseits sei nicht auszuschließen, daß sich monetäres „Potential für die Alimentierung von Inflationsprozessen in der Zukunft aufgebaut“ hatte (Jahresgutachten, Tz 164). Eine Zinssenkung kam deshalb nicht in Frage; sie hätte die Inflationserwartungen und den Kapitalmarktzins erhöht. Andererseits hätte 1992 eine zusätzliche, allerdings moderate Erhöhung der Notenbankzinsen die „Geldmengenexpansion kaum auf den Potentialpfad zurückgebracht, möglicherweise sogar in die falsche Richtung gewirkt.“ (Tz. 314). Vielleicht wären Erwartungen von Kapitalzinssteigerungen ausgelöst worden, die die Anleger veranlaßt hätten, noch mehr als bisher solche Gelder, die eigentlich für die Geldkapitalbildung vorgesehen sind, auf Terminkonten zu parken. „Dies hätte die Geldmenge noch weiter aufgebläht.“ (Tz. 314). Die Geldmengenexpansion hätte nur durch eine drastische Zinserhöhung der Notenbank gebremst werden können — dies allerdings nur über eine Rezession und eine damit verbundene Verminderung der Geldnachfrage. (Tz. 315).

¹ Rate der Zunahme der Geldmenge vom vierten Quartal eines Jahres bis zum vierten Quartal des folgenden Jahres. Die Definition der Geldmenge M_3 findet sich in Anmerkung 1 der Abbildung „Geldmenge M_3 “.

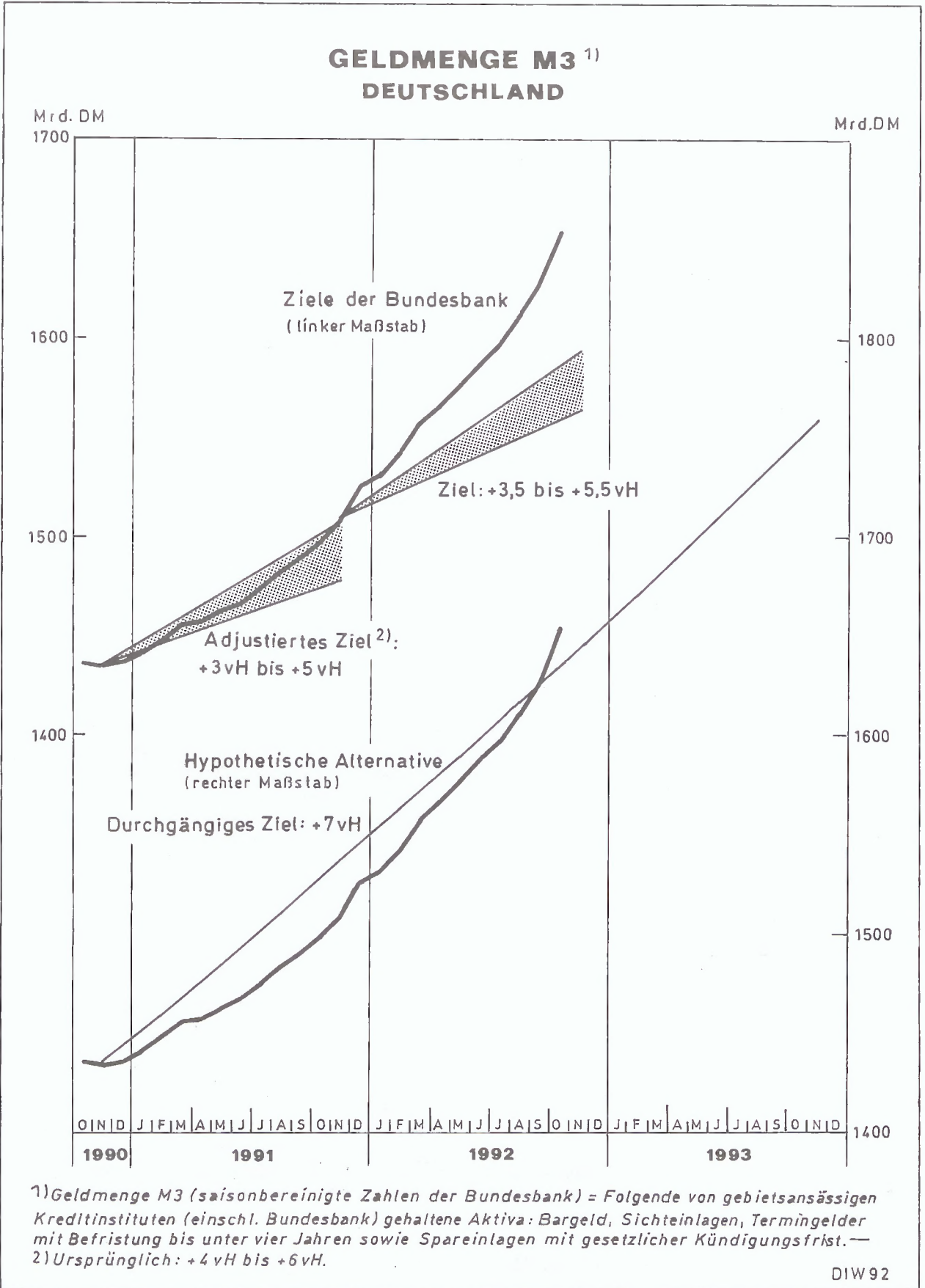
² Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1992.: In: Wochenbericht des DIW 44/92, S. 590.

³ Vgl. Jahresgutachten 1992/93 Tz. 330 bis 334.

⁴ Der Sachverständigenrat bezieht in diese Rate von einem Prozentpunkt auch den „unvermeidlichen“ Einmaleffekt der für den Anfang 1993 vorgesehenen Mehrwertsteuererhöhung ein.

⁵ Für die Zeit von 1975 bis 1989 und für kürzere Perioden reichen die geschätzten Raten des trendmäßigen Anstiegs des Geldhaltungsquotienten (M_3 in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt) von $\frac{3}{4}$ vH bis über 1 vH.

Schaubild 1



Diese Argumente sprechen nach Ansicht des Sachverständigenrats für einen Mittelweg: Der geldpolitische Potentialpfad erhält seinen Ausgangspunkt zwischen dem alten Potentialpfad und dem tatsächlich erreichten Niveau der Geldmenge, so daß diese nicht abrupt, sondern in moderaten Schritten auf den Pfad zurückgeführt werden kann.

Diese Überlegung ist aber nicht konsequent im Rahmen eines Potentialkonzepts: Wenn die für das Geldmengenziel 1993 gewählte Ableitung mit Raten von gut 6,5 vH (Sachverständigenrat) oder auch gut 7 vH (Institute) richtig ist, warum gilt sie dann nicht gleichermaßen oder noch mehr für 1992 (wie von den Instituten dargelegt) oder auch für 1991? Mit Raten von 13 vH und 11 vH in den Jahren 1991 und 1992 war der „unvermeidliche“ Preisanstieg in Ostdeutschland sogar noch stärker als für 1993 vorausgesagt. Im nachhinein scheint es auch gerechtfertigt zu sein, für das Wachstum des gesamtdeutschen Produktionspotentials Raten von 3 vH anzunehmen, zumal in diesen Jahren die darüber hinausgehende Inlandsnachfrage aus dem Produktionspotential des Auslands friktionslos gedeckt werden konnte — was sich in einer spannungsfreien starken Passivierung der zuvor ungewöhnlich aktiven Leistungsbilanz äußerte.

Welche Implikationen eine Korrektur der früheren Geldmengenziele haben kann, läßt sich — in Anlehnung an das Vorgehen des Sachverständigenrats — leicht demonstrieren. Sowohl der Sachverständigenrat als auch die Institute sind der Auffassung, daß es zu Beginn des Jahres 1991 keinen „inflationären“ Geldüberhang gegeben hat; symptomatisch hierfür ist, daß die Geldmarktzinsen nach der Währungsumstellung nicht sanken, sondern anzogen. Deshalb ist es gerechtfertigt, den nach oben korrigierten Potentialpfad unmittelbar auf dem im vierten Quartal 1990 erreichten Niveau beginnen zu lassen, und zwar mit der von den Instituten als realistisch angesehenen Rate von 7 vH. Wie aus dem Schaubild „Geldmenge M_3 “ (untere Reihen) ersichtlich, löst sich das vom Sachverständigenrat beklagte Dilemma auf:

Im ersten Halbjahr 1991 schrumpfte die ostdeutsche Geldmenge noch fühlbar, so daß die gesamtdeutsche Geldmenge nur schwach expandierte; auch danach blieb die Geldmenge bis September 1992 — wenn auch zuletzt weniger als zuvor — deutlich unter dem mittelfristigen Potentialpfad. Zwar überstieg sie im Oktober diesen Pfad. Hierbei handelt es sich aber um einen durch die Turbulenzen auf den Devisenmärkten bedingten „Ausreißer“, der nach dem Abklingen der Währungsunruhen wieder verschwinden dürfte.

Legt man also einen realistischen Potentialpfad zugrunde und berücksichtigt zudem, daß die starke Expansion der Geldmenge M_3 im Jahre 1992 zum großen Teil auf der Expansion von „geparktem“ Geldkapital beruht, dann kommt man zu dem Schluß: Die deutsche Geldpolitik war nicht expansiv, sondern restriktiv. Es ist kein stabilitätsge-

fährdender Geldüberhang aufgebaut worden. Ein Abschlag vom Geldmengenziel von 7 vH wäre deshalb nicht vertretbar.

Gibt es eine Inflationsgefahr in Deutschland?

In Gesamtdeutschland sind die Preise im Jahresdurchschnitt 1992 um 5 vH gestiegen. Im kommenden Jahr werden sie sich nach übereinstimmender Meinung aller Prognostiker etwas weniger stark, nämlich um $4\frac{1}{2}$ vH, erhöhen. Es stellt sich die Frage, ob angesichts dieser Entwicklung von einer fortdauernden Inflationsgefahr in Deutschland gesprochen werden kann.

Um diese Frage zu beantworten, muß zwischen der Entwicklung in Ostdeutschland und der in Westdeutschland sorgfältig unterschieden werden. In Westdeutschland betrug der Preisauftrieb 1992 etwa 4 vH, in Ostdeutschland dagegen etwa 11 vH. Für 1993 kann in Westdeutschland trotz der am 1. Januar in Kraft tretenden Mehrwertsteuererhöhung, die mit 0,5 vH zu Buche schlägt, mit einer leichten Abschwächung im Jahresdurchschnitt auf $3\frac{1}{2}$ vH gerechnet werden. In Ostdeutschland dürfte sich das Tempo der Preisanpassung auf $8\frac{1}{2}$ vH vermindern.

Der Preisanstieg in Westdeutschland ist über den Mehrwertsteuereffekt hinaus in erheblichem Maße von administrativen Preisveränderungen und der Knappheitssituation am Wohnungsmarkt geprägt. Ein erheblicher Teil des allgemeinen Preisauftriebs im Jahr 1992 entfällt damit auf solche Effekte, die nicht Ausdruck inflationärer Übersteigerungen, sondern Knappheitsindikatoren sind, deren Signale für die Marktwirtschaft unabdingbar sind. Nach Ausschaltung der administrierten Preise (einschließlich Mieten) lagen die Preise im dritten Vierteljahr 1992 nur um 3 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand. Vor allem der ungebrochene Anstieg der Mieten, die mit einem Viertel der Gesamtausgaben das mit Abstand größte Gewicht aller Einzelpreise im Warenkorb haben, trug zu dem um einen halben Prozentpunkt höheren Ergebnis im Gesamtindex bei. Der Preisanstieg im Kernbereich der konjunkturellen Entwicklung ist ohnehin weit geringer. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte steigen bereits seit Mitte 1991 nur noch mit Jahresraten von 1 vH bis 2 vH.

Von einer Inflationsgefahr könnte aber nur gesprochen werden, wenn für die absehbare Zeit Risikofaktoren zu identifizieren sind, die zu einer erneuten Beschleunigung des Preisanstiegs führen oder zumindest eine deutliche Abschwächung verhindern könnten.

Die Ursachen inflationärer Entwicklungen sind auf der Angebots- oder der Nachfrageseite der Märkte zu suchen. Die Nachfrage wird im nächsten Jahr weit hinter den Angebotsmöglichkeiten zurückbleiben. Die Kapazitätsauslastung wird kräftig sinken; es dominieren Käufermärkte, die Unternehmen werden keine Möglichkeit und keinen Anlaß haben, aufgrund der Nachfrageentwicklung die Preise stärker zu erhöhen, als es dem durchschnittlichen Kostenanstieg entspricht.

Der Kostenanstieg selbst wird sich erheblich verringern. Gesamtwirtschaftlich entscheidend sind für die Kostenentwicklung die Lohnstückkosten (also der Preis für Arbeit unter Berücksichtigung der Verbesserung der Effizienz des Arbeitseinsatzes) und die Preise für importierte Vorprodukte. Die Einfuhrpreise sinken bereits seit einigen Monaten und dürften angesichts der Schwäche der Weltkonjunktur und der Stärke der D-Mark auch im nächsten Jahr allenfalls geringfügig steigen. Die Lohnstückkosten wiederum bestehen aus zwei Komponenten. Die Zunahme der Löhne pro Arbeitsstunde wird — das belegen die ersten Tarifforderungen der Gewerkschaften für das kommende Jahr — weit unter der vom Vorjahr bleiben. Die steigende Arbeitslosigkeit und die Aussicht auf eine weitere konjunkturelle Abschwächung haben hier Wirkung gezeigt. Die Entwicklung der zweiten Komponente, der Arbeitsproduktivität, ist in hohem Maße von der Reaktion der Geldpolitik selbst abhängig. Käme es nämlich, induziert durch eine fühlbare Zinssenkung, rasch zu einer konjunkturellen Belebung, wäre ein wesentlich kräftigerer Anstieg der Produktivität zu erwarten als bei andauernder Konjunkturschwäche. Bei einer dynamischen konjunkturellen Aufwärtsbewegung würde die Produktivität so stark steigen, daß die Lohnstückkosten, wie mehrfach in solchen Phasen zu beobachten, (Schaubild: „Lohnstückkosten und Preise“)

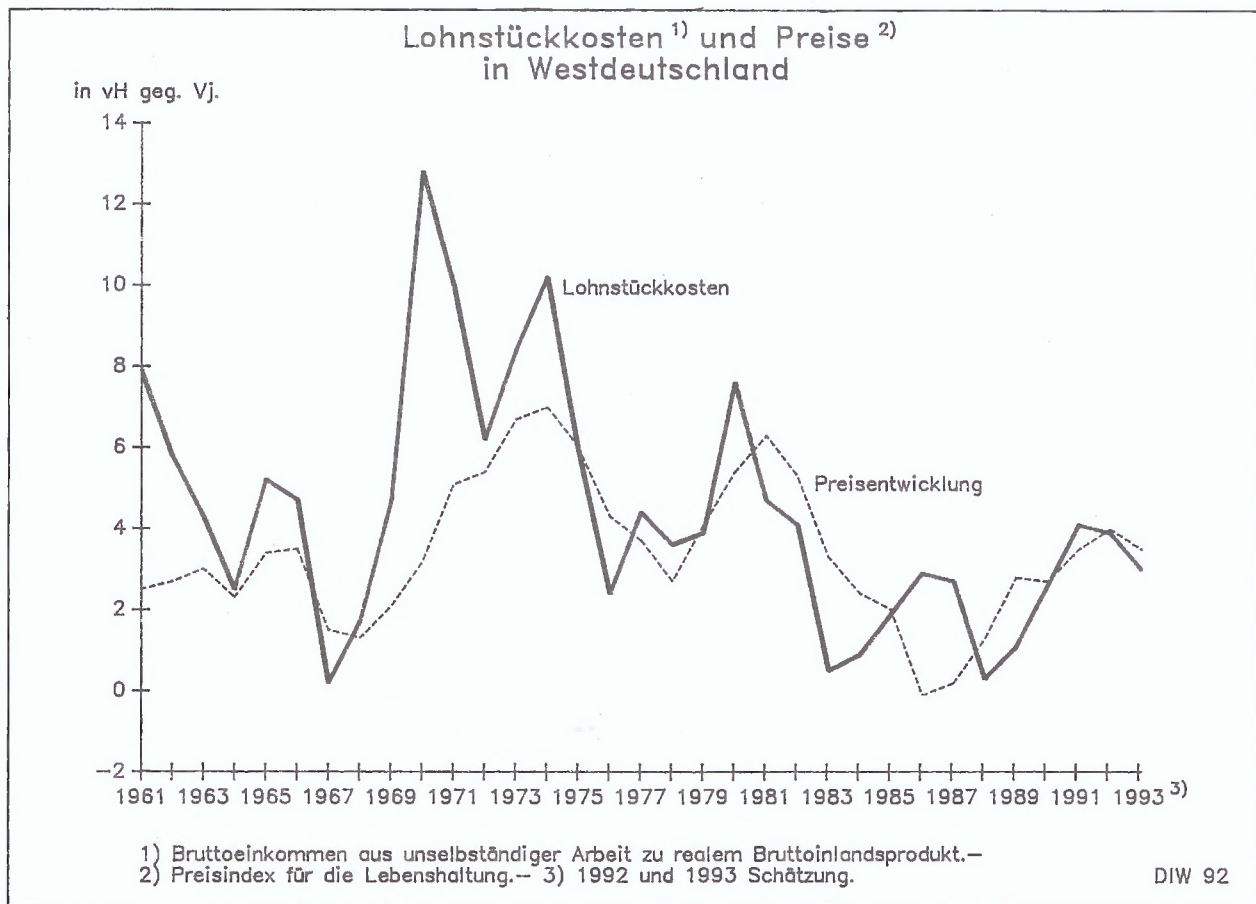
kaum noch zunehmen werden. Doch selbst bei der prognostizierten wirtschaftlichen Entwicklung ist im kommenden Jahr eine weit geringere Zunahme als 1992 und 1991 zu erwarten.

Damit gibt es auch von der Kostenseite her keine Gefahr einer Fortdauer oder gar Beschleunigung der Inflation. Mit großer Sicherheit kann man heute vorhersagen, daß die Inflationsrate in Westdeutschland im Laufe von 1993 und im darauffolgenden Jahr sinken wird. Wie die Abbildung „Lohnstückkosten und Preise“ zeigt, hat es in den vergangenen 30 Jahren nie eine Phase gegeben, in der sich die Preisentwicklung „nach oben“ von der Entwicklung der Lohnstückkosten gelöst hätte.

In Ostdeutschland besteht trotz der hohen durchschnittlichen Preissteigerungsrate keine Inflationsgefahr. Wie die Institute in ihrem Herbstgutachten erneut dargelegt haben, handelt es sich bei den Preissteigerungen in Ostdeutschland lediglich um die vorübergehende Anpassung bisher administrativ kontrollierter Preise an das Marktpreisniveau. Ist diese Anpassung abgeschlossen, werden die Preise, wie das schon bei den Preisen für handelbare Güter zu beobachten war, von der Entwicklung in Westdeutschland dominiert.

Eine potentialorientierte Geldpolitik, also eine Politik, die die typischen Fehler der stop and go-Versuche in der Ver-

Schaubild 2



gangenheit zu vermeiden versucht, sorgt bei der Ableitung des Geldmengenziels durch den Einbau einer normativen Preissteigerungsrate (in der hier vorgelegten Ableitung 2 vH für Westdeutschland) dafür, daß auf längere Sicht kein Inflationspotential entsteht. Ungeduld beim Erreichen des Preisziels ist nicht nur schädlich für die Konjunktur, sondern in der gegenwärtigen Phase des Umbruchs in Deutschland auch belastend für die zukünftige Politik der Bundesbank. Wenn der Aufholprozeß in Ostdeutschland durch die Investitionsschwäche im Westen gefährdet wird, ist die mittelfristige Konsolidierung des Staatshaushalts in Frage gestellt, und die Gefahr von Verteilungskonflikten, die man zu Lasten des Geldwertes zu „lösen“ versucht, wäre wesentlich größer.

Interpretiert die Bundesbank das Ziel der Preisstabilität in zeitlicher Hinsicht zu eng und vermag sie nicht, eine potentialorientierte mittelfristig ausgerichtete Politik umzusetzen, wird sie unglaubwürdig, wenn sie die anderen Akteure zu stabilitätsgerechtem Verhalten ermahnt. Eine Konstellation von Geld-, Lohn- und Finanzpolitik, bei der angemessenes Wachstum, hoher Beschäftigungsstand und Preisstabilität erreichbar sind, rückt dann in weite Ferne. Hinzu kommt, und das macht die besondere Qualität der gegenwärtigen Situation aus, daß ohne realistische Perspektiven für einen baldigen Aufbau in Ostdeutschland die sozialen und politischen Probleme in Deutschland an Schärfe zunehmen werden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer,

Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Die wirtschaftliche Lage Weißrusslands.

Zusatzbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung, Halle. —

Zur Geldpolitik im Jahre 1993. Bearbeitet von Reinhard Pohl und Heiner Flassbeck.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—, zuzüglich Versandkosten.

WESTDEUTSCHLAND

 Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾											
						Insgesamt		dav.: Hauptgruppen						Inland		Ausland	
		Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe		Investitionsgütergewerbe				Verbrauchsgütergewerbe									
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
in 1000				1985 = 100													
1990	J	1980		308		117,4		111,3		120,8		117,0		117,5		117,4	
	F	1957	1960	312	311	119,2	118,6	111,6	112,1	123,2	122,2	119,2	118,2	118,8	117,7	119,8	120,3
	M	1945		313		119,3		113,3		122,7		118,3		116,7		123,6	
	A	1949		316		118,9		112,7		122,6		117,7		119,0		118,8	
	M	1924	1929	319	317	121,5	120,2	112,0	112,4	126,4	124,3	122,3	120,4	124,5	121,9	116,7	117,5
	J	1913		317		120,2		112,4		124,0		121,3		122,2		116,9	
	J	1878		320		123,0		112,7		128,0		124,1		127,3		115,8	
	A	1843	1843	316	315	125,7	125,2	114,9	115,5	131,1	129,9	126,7	126,4	132,7	130,6	114,3	116,3
	S	1809		310		126,8		118,8		130,6		128,5		131,7		118,9	
	O	1778		310		128,2		117,2		133,4		130,2		134,6		117,9	
	N	1735	1746	314	315	124,6	125,2	115,4	116,5	128,1	128,2	129,1	130,5	133,6	133,4	109,9	111,9
	D	1724		321		122,9		117,0		123,1		132,1		132,0		108,0	
1991	J	1688		327		126,4		116,5		130,7		129,1		134,4		113,2	
	F	1702	1683	326	330	123,7	124,3	115,3	114,9	126,1	127,7	130,1	129,3	133,0	133,5	108,6	109,3
	M	1660		336		122,9		112,9		126,4		128,6		133,2		106,1	
	A	1685		342		120,7		113,7		122,9		125,1		130,0		105,5	
	M	1705	1696	343	343	122,9	122,4	115,2	114,2	126,3	125,3	125,4	126,5	131,1	130,7	109,6	108,7
	J	1699		345		123,5		113,8		126,8		129,1		131,0		111,1	
	J	1711		341		123,7		115,9		126,1		129,5		129,6		114,1	
	A	1705	1703	341	338	123,3	123,0	115,4	114,6	126,4	126,2	127,2	127,4	129,5	129,7	113,3	112,2
	S	1692		330		122,1		112,6		126,0		125,4		129,9		109,3	
	O	1689		320		122,3		114,7		125,7		124,5		129,4		110,8	
	N	1667	1675	318	321	122,9	121,3	115,9	114,7	125,9	124,0	124,9	123,8	131,9	128,9	108,1	108,8
	D	1670		324		118,7		113,4		120,5		122,1		125,5		107,6	
1992	J	1688		337		123,7		116,8		126,2		127,5		131,5		111,0	
	F	1696	1704	349	345	126,0	124,1	118,1	117,0	129,6	127,1	128,1	126,3	134,7	132,1	112,1	111,1
	M	1727		350		122,6		116,2		125,6		123,4		130,1		110,2	
	A	1774		345		120,6		115,0		122,3		124,3		129,1		106,8	
	M	1796	1796	342	342	120,6	119,8	117,3	116,4	121,7	120,6	122,7	122,9	129,2	127,5	106,5	107,3
	J	1817		338		118,2		116,8		117,9		121,7		124,1		108,6	
	J	1844		331		117,4		114,1		116,7		125,5		124,9		105,4	
	A	1859	1859	328	323	117,1	117,0	113,5	112,6	116,6	117,3	125,1	123,6	123,9	124,8	106,0	104,4
	S	1874		311		116,4		110,2		118,7		120,3		125,5		101,7	
	O	1925		291		110,8		107,2		111,0		116,1		119,6		96,3	
	N	1941		278													

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1985	Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾					
			Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe	Ausfuhr	Einfuhr							
				Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe											
				mtl.	vj.	mtl.	vj.					mtl.	vj.				
in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾					
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.		
1990	J	7327		115,9		109,9		121,2		119,5		113,9		46,5		41,5	
	F	7344	7342	116,8	116,7	111,7	110,7	121,7	121,9	132,5	125,8	115,6	115,2	45,7	46,2	41,9	42,0
	M	7355		117,5		110,4		122,7		125,3		116,2		46,4		42,5	
	A	7365		115,4		111,1		119,0		121,3		115,3		46,3		44,2	
	M	7383	7382	119,6	117,3	109,6	110,4	125,8	121,9	128,0	123,0	119,3	116,6	45,1	44,8	41,4	43,0
	J	7398		117,0		110,4		120,9		119,6		115,2		43,1		43,3	
	J	7418		119,0		110,6		123,5		123,7		122,0		45,2		44,8	
	A	7440	7433	120,4	120,3	111,6	111,8	124,2	124,3	122,9	123,2	124,8	123,3	45,6	45,2	46,4	45,7
	S	7443		121,4		113,1		125,1		123,1		123,1		45,0		46,0	
	O	7476		122,2		112,0		126,0		125,8		124,3		47,1		46,7	
	N	7488	7487	122,2	122,9	112,6	113,3	125,3	126,7	123,8	124,5	125,5	124,5	45,5	45,7	50,1	48,7
	D	7497		124,3		115,2		128,7		123,9		123,8		44,5		49,3	
1991	J	7527		122,8		113,2		126,3		127,8		129,3		45,9		51,8	
	F	7534	7531	123,3	123,0	111,7	113,0	127,2	126,6	103,6	120,4	126,3	127,7	45,4	45,6	49,6	50,7
	M	7531		123,0		114,1		126,3		129,9		127,5		45,5		50,6	
	A	7538		123,3		112,8		126,9		134,1		129,8		44,0		49,2	
	M	7530	7530	123,7	124,3	114,2	114,0	127,1	128,2	128,1	130,5	127,4	128,3	46,4	44,8	53,2	50,6
	J	7521		125,8		114,9		130,5		129,3		127,8		44,1		49,4	
	J	7524		123,1		111,9		126,7		131,5		130,2		47,3		51,0	
	A	7505	7514	121,6	122,4	111,2	111,8	126,1	126,5	125,7	130,2	122,5	125,2	47,0	46,8	49,6	50,4
	S	7513		122,6		112,4		126,7		133,3		122,8		46,2		50,7	
	O	7498		122,3		113,7		126,3		131,2		128,2		46,6		51,1	
	N	7492	7491	123,3	121,7	114,5	112,3	127,4	125,8	131,5	130,7	125,1	125,9	48,2	47,5	51,2	50,9
	D	7483		119,5		108,6		123,6		129,3		124,4		47,6		50,5	
1992	J	7467		123,5		114,7		126,8		127,5		126,8		45,4		51,7	
	F	7441	7447	124,6	123,5	118,0	116,0	127,5	126,6	141,9	133,3	127,2	124,9	47,3	46,9	52,3	52,1
	M	7433		122,4		115,4		125,4		130,5		120,8		47,3		52,3	
	A	7416		122,8		115,1		125,9		135,0		126,9		50,8		55,1	
	M	7387	7392	123,8	122,5	117,6	115,5	127,1	125,4	134,0	134,3	120,7	122,9	44,6	46,3	50,8	51,1
	J	7373		120,8		113,9		123,3		133,9		121,0		43,4		47,4	
	J	7337		120,0		112,9		121,6		130,9		124,4		47,9		53,1	
	A	7301	7307	120,6	120,3	115,6	114,0	122,5	122,3	129,1	132,2	117,5	122,6	46,7	47,5	48,6	51,1
	S	7284		120,3		113,4		122,7		136,6		126,0		47,8		51,7	
	O			117,4		110,3		119,9		130,6				47,2		51,3	
	N																
	D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte und Außenhandel Westdeutschlands — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Stellungnahme des DIW zu den aktuellen ausländerfeindlichen Aktivitäten

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das DIW fügt an dieser Stelle seiner Reihe wissenschaftlicher Berichte eine Stellungnahme zu den jüngsten ausländerfeindlichen Aktivitäten in Deutschland bei. Wir sind erschüttert über die Serie von Morden an Ausländern, der in der vorletzten Woche in Mölln wieder drei Menschen zum Opfer fielen. Angesichts der anhaltenden Welle rechtsradikaler Gewalt dürfen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Vielmehr gilt es, auf allen gesellschaftlichen Ebenen dem Terror entgegenzutreten. Das DIW wendet sich gegen jede Form von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele, aber auch gegen alle Ausländer verachtenden und diskriminierenden Einstellungen und Äußerungen, die diese Gewalt verharmlosen und ihr scheinbar Legitimation verleihen.

Die gegen Ausländer gerichtete Aggression ist völlig unabhängig von der Bedeutung unserer ausländischen Mitbürger für die Wirtschaft zu verurteilen. Wir weisen hier dennoch auf diese Aspekte hin, um denen zu entgegen, die Konflikte zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Deutschen und Ausländern konstruieren. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen eindeutig, daß solche Aussagen nicht haltbar sind. Im Gegenteil: Unsere Wirtschaft lebt auch von den Beiträgen unserer ausländischen Mitbürger. Sie tragen durch ihre Arbeitskraft zum Wohlstand aller bei. Aber nicht nur das. Deutschland ist in starkem Maße mit dem Ausland wirtschaftlich verflochten. Unser Wohlstand ist ohne ein weltoffenes Wirtschafts- und demokratisches Gesellschaftssystem nicht denkbar. All dies wird aufs Spiel gesetzt durch ausländerfeindliche Aktionen.

Aus den jüngsten ausländerfeindlichen, kriminellen Vorfällen sind — auch vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte — Konsequenzen zu ziehen. Das Schweigen und die Ohnmacht gegenüber Rechtsradikalen und Faschisten müssen von allen gesellschaftlichen Gruppen durchbrochen werden. Es kommt **jetzt** darauf an, die Sprachlosigkeit zu überwinden und ausländerfeindlichen Aktivitäten sowie deren heimlichen Sympathisanten offensiv entgegenzuwirken.

Präsident

Kollegium der Abteilungsleiter

Betriebsrat

Berlin, den 10. Dezember 1992

